

INHALT:

Editorial Seite 288

GI Aktuell Seite 288

Sozietätshaftung Seite 290
Scheinsozietät / Gesamtschuldnerschaft / Treuhand-,
Vermögensverwaltungsvertrag / Anwaltlicher Aufgabenbereich /
Veruntreuung
(BGH, Urt. v. 8.7.1999 - IX ZR 338/97)

Steuerberaterhonorar Seite 295
Vorarbeiten, § 25 StBGebV / Gebührenrahmen, § 11 StBGebV /
Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV / Zeitgebühr / Zurückbehaltungs-
recht, § 66 StBerG
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.12.1998 - 13 U 241/97)

Steuerberaterhonorar Seite 300
Zinsschaden / Darlegung
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 23.10.1997 - 13 U 159/96)

Steuerberaterhonorar Seite 301
Honorarvereinbarung, § 4 StBGebV / Verjährung / Verjährungs-
unterbrechung durch Aufrechnung, § 209 Abs. 2 Nr. 3 BGB
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 12.6.1997 - 13 U 174/96)

Anwaltsverjährung Seite 302
Verjährungsbeginn / Prozeßfehler / Fristablauf, Verjährungs-
eintritt / Sekundäranspruch / Anlaß zur retrospektiven Prüfung
(OLG Schleswig, Urt. v. 29.5.1997 - 11 U 113/95)



GI Hinweise Seite 307

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis Seite 308

Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

das Jahr 1999 schließt mit einer interessanten BGH-Entscheidung zur **Veruntreuung von Mandantengeldern durch einen Sozios**. Regelmäßig werden alle Sozien durch ein Anwaltsmandat verpflichtet. Das gilt auch, wenn das Mandat eine Treuhandstätigkeit mit umfaßt. In Haftungsgefahren schweben auch freie Mitarbeiter, die auf dem Praxisschild und dem Briefbogen der Sozietät stehen. Wegen des veranlaßten Rechtsscheins werden sie wie Sozien behandelt. Verletzt ein Sozios nun vorsätzlich den Anwaltsvertrag und gehen Mandantengelder verloren, besteht eine Mithaftung der echten und der scheinbaren Sozien.

Zur Verletzung der Belehrungspflicht über **Fehler in den eigenen Arbeiten** bestätigt das OLG Schleswig, daß eine Hinweispflicht nur entsteht, wenn der Rechtsanwalt einen begründeten Anlaß hatte, sein zurückliegendes Verhalten auf einen Fehler zu überprüfen. Dieser kommt in der Regel von außen und weist auf den Fehler hin. Die bloße Fortsetzung der anwaltlichen Tätigkeit begründet keinen Prüfungsanlaß.

Drei **Honorarurteile** sollen das Jahr 1999 abrunden. Das OLG Düsseldorf bestätigt die Ansicht des OLG Hamm (GI 1990, 101), daß der Steuerberater auch bei der Geltendmachung der **Mittelgebühr** im Falle des Bestreitens der Angemessenheit die **Gründe seiner Ermessensausübung** darlegen muß. Andererseits wird dem Steuerberater bei der Überschreitung des angemessenen Gebührensatzes ein von den Gerichten nicht überprüfbarer **Ermessensspielraum von bis zu 20%** eingeräumt. Hier werden die Gerichte jeden einzelnen Gebührentatbestand betrachten und es nicht erlauben, daß grundsätzlich ein Aufschlag von 20% abgerechnet wird.

Stellt der Steuerberater fest, daß wegen des Arbeitsaufwandes eine höhere Vergütung zur Abdeckung seines betriebswirtschaftlichen Aufwandes notwendig ist, kann er eine **Honorarvereinbarung auch rückwirkend** für bereits erledigte Arbeiten vereinbaren (OLG Düsseldorf).

Will der Steuerberater bei rückständigem Honorar einen **Zinsschaden** geltend machen und weist er auf seinem Geschäftsbogen drei Konten aus, auf die der Mandant hätte zahlen können, müssen entweder alle drei Konten überzogen gewesen oder Überschüsse eines Kontos zum Ausgleich der übrigen Schuldsalden verwendet worden sein (OLG Düsseldorf).

Ihnen, Ihren Familien und Freunden wünsche ich ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches Jahr 2000.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BFH: Großer Senat des Bundesfinanzhofs lehnt die steuerliche Berücksichtigung von Drittaufwand ab

Der Große Senat des Bundesfinanzhofs hat am 23.8.1999 mit vier Beschlüssen (GrS 1/97, GrS 2/97, GrS 3/97 und GrS 5/97) über Vorlagen des VI. und XI. Senats zur **Behandlung des sog. Drittaufwands bei Ehegatten** entschieden. Dabei ging es vor allem um die Frage, **ob ein Ehegatte die Kosten eines Arbeitszimmers steuerlich als Werbungskosten geltend machen kann, das er beruflich nutzt, wenn dieser Raum allein dem anderen Ehegatten gehört und dieser auch allein dessen Anschaffungskosten getragen hat**. Der Große Senat hat die Frage verneint. Werbungskosten kann danach grundsätzlich nur geltend machen, wer Aufwendungen persönlich getragen hat. Das gilt auch für Ehegatten, und zwar selbst dann, wenn sie zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden. Entscheidend war dabei für den Großen Senat, daß das Einkommensteuergesetz auf die persönliche Leistungsfähigkeit einer einzelnen Person abstellt.

In einem der vom Großen Senat entschiedenen Fälle (GrS 2/97) hatten der Ehemann und seine Ehefrau mit gemeinsamen Mitteln („aus einem Topf“) gleichzeitig jeweils eine Eigentumswohnung erworben. Die der Ehefrau wurde vermietet, die des Ehemannes gemeinsam zu Wohnzwecken genutzt; in dieser Wohnung nutzte die Ehefrau ein Arbeitszimmer alleine zu beruflichen Zwecken. In der Einkommensteuererklärung machte sie Absetzungen auf die darauf entfallenden Anschaffungskosten als eigene Werbungskosten geltend. Der Große Senat hat dies abgelehnt. Er ging zunächst davon aus, daß jeder der Ehegatten so zu behandeln ist, als habe er die Anschaffungskosten seiner Wohnung alleine getragen. Die Finanzierung der Wohnungen „aus einem Topf“ hat nach der Entscheidung nicht zur Folge, daß die Anschaffungskosten jeder der Wohnungen steuerlich als von beiden Ehegatten aufgewendet gelten. Anschaffungskosten hat vielmehr jeweils nur der Eigentümer der Wohnung getragen, also der Schuldner des Kaufpreises. Da die Ehefrau die Anschaffungskosten der Wohnung des Ehemannes nicht mitgetragen hat, hat sie auch nicht das Recht, die darauf entfallenden Absetzungen geltend zu machen. Im Gegensatz zu den Absetzungen sind in einem solchen Fall **die auf das Arbeitszimmer entfallenden laufenden Aufwendungen als Werbungskosten zu berücksichtigen**, soweit sie durch dessen Nutzung entstanden sind (z.B. anteilige Energiekosten, Reparaturen) und die Ehegatten die laufenden Aufwendungen für die

Wohnung des Eigentümer-Ehegatten insgesamt gemeinsam tragen. Laufende Aufwendungen, die mit dem Eigentum zusammenhängen (Grundsteuer, Finanzierungskosten der Anschaffung) können dagegen, ebenso wie die Absetzungen, vom Nutzer des Arbeitszimmers (Nichteigentümer-Ehegatten) nicht geltend gemacht werden.

Ähnlich wie bei der geschilderten Sachverhaltsgestaltung hat der Große Senat die Berücksichtigung der Absetzungen auch in einem weiteren der entschiedenen Fälle abgelehnt (GrS 3/97). In diesem Fall hatte der Steuerpflichtige (Ehemann) gemeinsam mit seiner Ehefrau unentgeltlich ein Arbeitszimmer in der der Ehefrau gehörenden Wohnung genutzt. Der Große Senat hat entschieden, daß **die gemeinsame Nutzung des Arbeitszimmers allein nicht dazu berechtigt, die anteiligen Anschaffungskosten des Arbeitszimmers entsprechend seiner Nutzung als Werbungskosten in der Form von Absetzungen geltend zu machen.**

Der Große Senat hat demgegenüber die Absetzungen auf die anteiligen Anschaffungskosten für ein Arbeitszimmer anerkannt, wenn der Steuerpflichtige einen größeren Beitrag zur Anschaffung der Wohnung oder des Hauses des anderen Ehegatten geleistet hat. In diesem Fall (GrS 1/97) hatte der Ehemann der Steuerpflichtigen als Alleineigentümer ein Haus erworben, das von den Eheleuten gemeinsam bewohnt wurde; einen Raum nutzte die Steuerpflichtige (Nichteigentümerin) als Arbeitszimmer. **Angeichts eines größeren Beitrags der Steuerpflichtigen zur Anschaffung des Hauses hat der Große Senat ihre Berechtigung, Absetzungen auf die anteiligen Anschaffungskosten ihres Arbeitszimmers als Werbungskosten geltend zu machen, bejaht.** Die Steuerpflichtige habe, soweit die Anschaffungskosten des Arbeitszimmers betroffen seien, ihren Beitrag im eigenen beruflichen Interesse geleistet.

Während es in den drei bisher genannten Entscheidungen um den Bereich der Ermittlung der Einnahmen und Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ging, betrifft die vierte Entscheidung des Großen Senats (GrS 5/97) den Bereich der Gewinnermittlung bei gewerblichen Einkünften. Hier gelten jedoch die gleichen Grundsätze. Im Gegensatz zu den anderen Fällen hatte dieser noch die Besonderheit, daß die Eheleute Miteigentümer eines Hauses waren und das Haus gemeinsam bewohnten. Jeder der Ehegatten war gewerblich tätig und nutzte einen Raum des Hauses als Arbeitszim-

mer. Der Große Senat ließ die auf diesen Raum entfallenden Absetzungen für die Dauer der betrieblichen Nutzung in vollem Umfang als Betriebsausgaben zu.

Die Entscheidungen des Großen Senats des Bundesfinanzhofs sind über die steuerlichen Beziehungen zwischen Ehegatten hinaus von großer Bedeutung.

(BFH, Beschl. v. 23.8.1999 – GrS 1/97, 2/97, 3/97 u. 5/97)

Pressemitteilung d. BFH v. 30.9.1999

BFH: Für die Pflege von Angehörigen empfangene Beträge grundsätzlich nicht zu versteuern

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 14.9.1999 – IX R 88/95 entschieden, daß Beträge, die der Steuerpflichtige für die Pflege eines Angehörigen aus dessen Vermögen erhält, grundsätzlich nicht von der Einkommensteuer erfaßt werden. Die Entscheidung betraf einen Fall, in dem ein Winzer und seine Ehefrau den auf ständige Pflege und Aufsicht angewiesenen Schwager/Bruder in ihrem Haushalt versorgt und gepflegt hatten. Dafür hatten sie mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts und der Sozialbehörde aus dem Vermögen des Pflegebedürftigen monatlich einen Betrag von 1.110 DM erhalten. Das Finanzamt erfaßte diese Beträge als sonstige Einkünfte gemäß § 22 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes (EStG).

Nach dem jetzt bekanntgegebenen Urteil des BFH unterliegen die strittigen Beträge nicht der Einkommensteuer. **Nicht jede Einnahme, der eine Tätigkeit gegenübersteht, führt nach Auffassung des obersten deutschen Steuergerichts zu Einkünften gemäß § 22 Nr. 3 EStG.** An dem für eine Besteuerung erforderlichen, auf Einkommensmehrung gerichteten Leistungsaustausch fehle es regelmäßig, wenn Angehörige im Rahmen des familiären Zusammenlebens untereinander Leistungen erbringen und Zahlungen empfangen. Habe der Steuerpflichtige einen pflegebedürftigen Angehörigen in seinen Haushalt aufgenommen, um ihn dort zu pflegen und zu versorgen, und erhalte er dafür aus dem Vermögen des Pflegebedürftigen Geldbeträge, so vollzögen sich diese Pflegeleistungen und die empfangenen Zahlungen vielmehr in aller Regel im Rahmen der familiären Lebensgemeinschaft. (BFH, Ur. v. 14.9.1999 – IX R 88/95)

Pressemitteilung d. BFH v. 28.10.1999

BFH: Sogenannter Halbteilungsgrundsatz gilt nicht für die Einkommensteuer

In seinem Beschluß zur Vermögensteuer vom 22.6.1995 – 2 BvL 37/91 hat das Bundesverfassungsgericht ausgeführt, daß die Vermögensteuer zu den übrigen Steuern auf den Ertrag nur hinzutreten dürfe, soweit die steuerliche Gesamtbelastung des Sollertrages bei typisierender Betrachtung von Einnahmen, abziehbaren Aufwendungen und sonstigen Entlastungen in der Nähe einer hälftigen Teilung zwischen privater und öffentlicher Hand verbleibe (sog. Halbteilungsgrundsatz).

Nunmehr hat der XI. Senat des Bundesfinanzhofs in einem Revisionsverfahren durch Urteil vom 11.8.1999 – XI R 77/97 entschieden, daß der sog. Halbteilungsgrundsatz bei der Festsetzung der Einkommensteuer nicht anzuwenden ist. Der Bundesfinanzhof hält eine Belastung des zu versteuernden Einkommens durch Einkommensteuer und Gewerbebeertragsteuer von mehr als 50 v.H. – im Urteilsfall betrug die Belastung mit Einkommensteuer und Gewerbebeertragsteuer im Streitjahr 1994 59,95 v.H. des zu versteuernden Einkommens – für nicht verfassungswidrig. Dem Grundgesetz sei kein Gebot zu entnehmen, die Belastung mit Einkommensteuer und Gewerbebeertragsteuer auf höchstens 50 v.H. des zu versteuernden Einkommens zu begrenzen. Die im Urteilsfall gegebene Belastung mit etwa 60 v.H. verstoße auch nicht gegen das sog. Übermaßverbot.

Der Bundesfinanzhof verneint eine Bindung an die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts zum sog. Halbteilungsgrundsatz. Das Bundesverfassungsgericht habe durch den Beschluß vom 22.6.1995 über die Verfassungsmäßigkeit der Vermögensteuer entschieden. Allein diese sei Streitgegenstand des damaligen Normenkontrollverfahrens gewesen. **Die in § 31 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Bindung der Gerichte und Behörden an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts beziehe sich nur auf den Streitgegenstand;** sie sei auf die Auslegung und Anwendung des Grundgesetzes bezogen auf das überprüfte Vermögensteuergesetz beschränkt.

(BFH, Urt. v. 11.8.1999 – XI R 77/97)

Pressemitteilung d. BFH v. 2.11.1999

Sozietätshaftung

- Scheinsozietät
 - Gesamtschuldnerschaft
 - Treuhand-, Vermögensverwaltungsvertrag
 - Anwaltlicher Aufgabenbereich
 - Veruntreuung
- (BGH, Urt. v. 8.7.1999 – IX ZR 338/97)

Leitsatz:

Zur vertraglichen Haftung des Mitglieds einer Scheinsozietät für die Veruntreuung von Mandantengeldern durch den sachbearbeitenden Rechtsanwalt bei der Verwaltung und Abwicklung eines Nachlasses.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin verlangt von der beklagten Rechtsanwältin (im folgenden: Beklagte oder Beklagte zu 2)) Schadenersatz wegen Verletzung von Mandatspflichten sowie wegen Veruntreuung von Mandantengeldern durch den früheren Rechtsanwalt und Beklagten zu 1), dessen freie Mitarbeiterin die Beklagte nach ihrer Behauptung war.

Nachdem die Klägerin und ihr Bruder ein beträchtliches Vermögen geerbt hatten, wandte sich die Klägerin im Einvernehmen mit ihrem Bruder durch Schreiben vom 9.7.1991 an die beiden Beklagten. Die Klägerin stellte dem Beklagten zu 1) am 15.7.1991 eine „Prozeß-Vollmacht und Verhandlungsvollmacht“ aus. Am 30.9.1991 erteilten die Klägerin und ihr Bruder dem Beklagten zu 1) eine notariell beurkundete Vollmacht bezüglich des Nachlasses, in der es heißt:

„Wir erteilen hiermit Herrn Rechtsanwalt ... Vollmacht, uns in allen Angelegenheiten, die den Nachlaß der vorgenannten Erblasserin betreffen, gegenüber Behörden, Banken und Privaten zu vertreten. Er kann auch Prozesse für uns führen.“

In Vorprozessen gegen den Vater der Klägerin wegen Ansprüchen auf Pflichtteil und Pflichtteilsergänzung wurden die Erben durch die beiden Beklagten vertreten.

Das Landgericht hat einer Schadenersatzklage der Klägerin gegen den Beklagten zu 1) durch Teilversäumnis- und Schlußurteil – unter Abweisung im übrigen – dahin stattgegeben, daß an die Klägerin 185.000 DM und an die Erben-

gemeinschaft 290.861,40 DM – jeweils zuzüglich Zinsen – zu zahlen sind. Die Klage gegen die Beklagte zu 2) hat das Landgericht abgewiesen.

Nach Abtrennung des Verfahrens gegen den Beklagten zu 1) hat das Oberlandesgericht die Berufung der Klägerin gegen die Abweisung der Klage gegen die Beklagte zurückgewiesen. Mit ihrer Revision, soweit sie angenommen worden ist, verfolgt die Klägerin ihre Ansprüche weiter.

Die Revision führt zur (teilweisen) Aufhebung des Berufungsurteils und insoweit zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht (§§ 564, 565 Abs. 1 Satz 1 ZPO).

Aus den Gründen:

I.

Im Rahmen des Klageantrags zu 1) verfolgt die Revision noch zugunsten der Erbengemeinschaft Ansprüche auf Ersatz von 58.060,90 DM, die der Beklagte zu 1) aufgrund eines Vertrages mit den Erben aus dem Nachlaßvermögen in der Zeit vom 11.9.1991 bis 29.8.1994 erlangt und veruntreut haben soll, sowie auf Ersatz von Steuer- und Zinsschäden, die nach dem Klagevortrag entstanden sind, weil der Beklagte zu 1) rückständige Steuern der Erblasserin und titulierte Pflichtteilsansprüche des Vaters der Erben vertragswidrig nicht aus dem verwalteten Nachlaßvermögen bezahlt habe. Insoweit hat sich die Klägerin auf die entsprechende Verurteilung des Beklagten zu 1) durch das Landgericht bezogen und dessen Schadenberechnung übernommen.

1. Das Landgericht hat zutreffend ausgeführt, daß die geltend gemachten Ansprüche, sollten sie bestehen, zum Nachlaßvermögen gehören (§ 2041 BGB) und die Klägerin Leistung an die ungeteilte Erbengemeinschaft verlangen darf (§ 2039 BGB).

2. Das Berufungsgericht hat offengelassen, ob gemäß dem – bestrittenen – Klagevortrag eine Sozietät zwischen den Beklagten bestanden hat; deswegen ist im Revisionsverfahren von der Richtigkeit dieses Vorbringens auszugehen.

In diesem Falle kann die Beklagte für die ordnungsmäßige Erfüllung der Anwaltpflichten des Beklagten zu 1) als Gesamtschuldnerin haften, **weil ein Sozietätsanwalt in der Regel ein ihm angetragenes Mandat auch im Namen der übrigen Sozietätsmitglieder annimmt**

(BGHZ 56, 355, 358 ff; 70, 247, 248 f; 124, 47, 48 f m.w.N.). Dies gilt auch, soweit das Mandat eine Treuhandtätigkeit umfaßt hat (BGH, Urt. v. 10.3.1988 – III ZR 195/86, WM 1988, 986 = GI 1988, 204).

Unabhängig davon kann die Beklagte auch haften aufgrund der rechtsfehlerfreien Feststellung des Berufungsgerichts, die Beklagte habe zumindest nach außen den Anschein einer solchen Sozietät erweckt, weil sie mit dem Beklagten zu 1) ein **gemeinsames Praxisschild und gemeinsame Briefbögen** benutzt habe. **Dann muß sich die Beklagte nach den Grundsätzen der Dulungs- und Anscheinsvollmacht an dem von ihr gesetzten Rechtsschein einer Sozietät festhalten lassen** (BGHZ 70, 247, 249; BGH, Urt. v. 24.1.1991 – IX ZR 121/90, NJW 1991, 1225 = GI 1991, 205). Daran ändert es nichts, wenn die Beklagte – gemäß ihrer Behauptung – **als freie Mitarbeiterin tätig war** (vgl. BGHZ 124, 47, 51).

3. Das Berufungsgericht hat den Klageanspruch auf Zahlung von 58.060,90 DM wegen Veruntreuung von Nachlaßvermögen durch den Beklagten zu 1) abgewiesen, weil dieser die Nachlaßgelder nicht zur Ausübung einer anwaltstypischen Berufstätigkeit, sondern zu einer anwaltsfremden Verwaltung des Nachlaßvermögens für die Erben erhalten habe; dies spreche für ein Einzelmandat an den Beklagten zu 1). Insoweit habe die Klägerin Rechtsbeziehungen zur Beklagten nicht schlüssig dargelegt.

Die Revision rügt mit Erfolg, daß diese tatrichterliche Feststellung auf einem Verstoß gegen § 286 ZPO beruht, weil das Berufungsgericht den Klagevortrag nicht umfassend gewürdigt hat, und daß die rechtliche Bewertung des vorgebrachten Sachverhalts durch das Berufungsgericht fehlerhaft ist.

Die Klägerin hat zuletzt im wesentlichen – unter Beweisantritt – vorgebracht: Sie habe mit Einverständnis ihres Bruders beide Beklagte beauftragt, nachdem ihr Vater Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche geltend gemacht habe. Das erste Gespräch habe sie – die Klägerin – etwa Ende Juni 1991 in der Anwaltskanzlei mit dem dort tätigen Referendar geführt. Diesem habe sie ihr Anliegen erläutert sowie Ablichtungen der Testamente der Erblasserin, der Nachlaßvollmachten, die die Erben ihrem Vater erteilt hatten, und einen Steuerbescheid überreicht. Sie habe das Mandat erteilt, die Interessen der Erben gegenüber ihrem pflichtteilsberechtigten Vater – unter Widerruf

der diesem erteilten Vollmachten – wahrzunehmen, die gesamte Nachlaßabwicklung für die ungeteilte Erbengemeinschaft durchzuführen und diese vor Gerichten und Behörden zu vertreten.

Der Beklagte zu 1) habe damals den Erben erklärt, die Nachlaßgelder müßten sofort von den Bankkonten auf das Konto der Sozietät überwiesen werden, um sie vor dem Zugriff des Vaters der Erben zu sichern. Daraufhin hätten diese am folgenden Tage eine entsprechende Überweisung auf ein – unstreitig auf dem Briefbogen der beiden Beklagten angegebenes – Konto Nr. ... bei der Stadtparkasse N. veranlaßt. Damals habe die Höhe des Nachlaßwertes noch nicht festgestanden, weil das Finanzamt rückständige Steuern verlangt und der Vater Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche geltend gemacht habe.

Die Beklagte sei im Rahmen der Nachlaßverwaltung tätig geworden. Sie habe in dieser Angelegenheit – dies ist unstreitig – am 2.9.1993 der Sparkasse N. – auf einem Briefbogen der beiden Beklagten – geschrieben; dieses Schreiben wird folgendermaßen eingeleitet:

„Wir vertreten die Interessen von Herrn E.G. sowie von Frau U.E. Entsprechende Vollmachten sind diesem Schreiben beigelegt.“

Der Bruder der Klägerin habe im Zusammenwirken mit dem Beklagten zu 1) versucht, einen großen Teil des Vermögens an seine Ehefrau zu verschieben, um die Vollstreckung eines Titels seines Vaters – wegen des Pflichtteilsanspruchs – zu verhindern; eine entsprechende „Schenkungsvereinbarung“ vom 20.11.1992 hätten – dies ist unstreitig – beide Beklagte mit ihrer Unterschrift „bestätigt“.

a) Dieses Klagevorbringen ist dahin zu werten, daß ein einheitliches Mandat beiden Beklagten erteilt worden sei und die gesamte Verwaltung und Abwicklung des Nachlasses – bis zur ausstehenden Auseinandersetzung des Nachlasses unter den Miterben – umfaßt habe, insbesondere sich auf die notfalls gerichtliche Regelung der Ansprüche des pflichtteilsberechtigten Vaters und der Steuerforderungen erstreckt habe. **Es ist nicht interessengerecht, diesen einheitlichen Sachverhalt in einen selbständigen Auftrag zur Vermögensverwaltung allein an den Beklagten zu 1) und in ein weiteres Mandat an beide Beklagte zur Führung der Vorprozesse gegen den Vater der Erben aufzuspalten.**

b) Die Revision beanstandet weiterhin zu Recht die Wertung des Berufungsgerichts, der behauptete Auftrag habe eine anwaltsfremde Vermögensverwaltung zum Gegenstand gehabt, so daß von einem Einzelmandat an den Beklagten zu 1) auszugehen sei.

Die Auslegung der wechselseitigen Erklärungen bei Abschluß eines Anwaltsvertrages kann wegen besonderer Umstände des Einzelfalls ergeben, daß einem Sozietätsanwalt ein Einzelmandat erteilt wird (BGHZ 56, 355, 361; 124, 47, 49). Dies ist im vorliegenden Fall, wie das Berufungsgericht zutreffend erkannt hat, nicht schon deswegen anzunehmen, weil die Klägerin die Prozeß- und Verhandlungsvollmacht vom 15.7.1991 allein dem Beklagten zu 1) erteilt hat (vgl. BGHZ 56, 355, 358).

Ein Mandant will in der Regel die Vorteile eines Vertrages mit allen Sozietätsanwälten auch dann nutzen, wenn er weiß oder sogar Wert darauf legt, daß nur ein bestimmtes Mitglied der Sozietät seine Sache bearbeitet (BGHZ 124, 47, 50); **die Erteilung einer Vollmacht an diesen Anwalt dient dann nur der Legitimation nach außen** (BGHZ 56, 355, 358). Im vorliegenden Fall hatte die Klägerin ihr erstes Schreiben vom 9.7.1991 an beide Beklagte gerichtet.

Zwar kann ausnahmsweise **die Annahme eines Einzelmandats an einen Sozietätsanwalt dann naheliegen, wenn dieser mit einer Tätigkeit betraut wird, die an sich außerhalb der eigentlichen Aufgaben eines Rechtsanwalts liegt** (BGH, Urt. v. 10.3.1988, a.a.O.). Das Berufungsgericht hat jedoch zu Unrecht angenommen, daß die von der Klägerin behauptete Verwaltung und Abwicklung des Nachlaßvermögens eine anwaltsfremde Aufgabe gewesen sei.

aa) Ob im Einzelfall **ein Anwaltsvertrag vorliegt mit der anwaltstypischen Verpflichtung, dem Auftraggeber rechtlichen Beistand zu leisten** (§ 3 Abs. 1 BRAO), hängt vom Inhalt der Aufgabe ab, die dem Rechtsanwalt übertragen und von diesem durchgeführt wird. Die Rechtsberatung und -vertretung muß nicht der **Schwerpunkt der anwaltlichen Tätigkeit** sein. Ein Anwaltsvertrag kann auch anwaltsfremde Maßnahmen umfassen, falls diese in einem **engen inneren Zusammenhang mit der rechtlichen Beistandspflicht** stehen und auch Rechtsfragen aufwerfen können. **Etwas anderes gilt nur dann, wenn die Rechtsbetreuung völlig in den Hintergrund tritt und deswegen als unwesentlich erscheint.**

Läßt die Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalls nicht die Feststellung zu, ob ein Anwaltsvertrag vorliegt oder nicht, so ist **im Zweifel anzunehmen, daß derjenige, der die Dienste eines Rechtsanwalts in Anspruch nimmt, ihn auch in dieser Eigenschaft beauftragen will, weil er erwartet, daß der Rechtsanwalt bei seiner Tätigkeit auch die rechtlichen Interessen des Auftraggebers wahrnehmen werde** (BGH, Urt. v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97, NJW 1998, 3486 m.w.N.).

bb) Auch eine **Vermögensverwaltung** kann entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts zur typischen Berufstätigkeit eines Rechtsanwalts gehören.

Aus § 1 Abs. 2 BRAGO ergibt sich nichts anderes. Diese Vorschrift bestimmt, daß die Tätigkeit eines Rechtsanwalts u.a. als Treuhänder oder in ähnlicher Stellung nicht nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte (BRAGO) zu vergüten ist; eine Vergütung nach dieser Gebührenordnung setzt eine vertragliche Anwaltstätigkeit mit der dafür typischen Rechtsbeistandspflicht voraus (§ 1 Abs. 1 BRAGO; BGH, Urt. v. 2.7.1998, a.a.O.). **Auch die Anwendung der für den Rechtsanwalt vorteilhaften Verjährungsregelung des § 51b BRAO (= § 51 BRAO a.F.) hängt von dieser Voraussetzung ab** (BGH, Urt. v. 27.1.1994 - IX ZR 195/93, NJW 1994, 1405, 1406 = Gl 1994, 198).

Diese Vorschriften schließen es nicht aus, daß Mandant und Rechtsanwalt im Einzelfall einen Vertrag über Vermögensverwaltung und/oder Treuhändertätigkeit mit einer Pflicht zur Rechtsbetreuung abschließen. **Ein Rechtsanwalt kann eine treuhänderische Tätigkeit ohne Rechtsberatung und -vertretung übernehmen** (BGH, Urt. v. 1.12.1994 - III ZR 93/93, WM 1995, 344, 347 = Gl 1995, 209); **ihm kann eine Treuhandschaft aber auch mit der Aufgabe der Rechtsbetreuung übertragen werden** (BGHZ 120, 157, 159 = Gl 1993, 90). **Dies gilt entsprechend für anwaltliche Anlageberatung** (BGH, Urt. v. 17.4.1980 - III ZR 73/79, NJW 1980, 1855, 1856; v. 27.1.1994, a.a.O.) **und Maklertätigkeit** (BGH, Urt. v. 16.2.1977 - IV ZR 55/75, WM 1977, 551, 552; v. 10.6.1985 - III ZR 73/84, NJW 1985, 2642; v. 31.10.1991 - IX ZR 303/90, NJW 1992, 681, 682 = Gl 1993, 282).

Auch ein Mandat zur Vermögensverwaltung kann im Einzelfall mit einer Rechtsbeistandspflicht des Rechtsanwalts verbunden und deswegen auf eine anwaltstypische Tätigkeit ge-

richtet sein. Aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 22.12.1966 (VII ZR 195/64, BGHZ 46, 268 = NJW 1967, 876), auf das das Berufungsgericht verweist, ergibt sich nichts anderes. **In dieser Entscheidung wird ausgeführt, daß eine vertragliche Vermögensverwaltung in der Regel nicht zur Berufstätigkeit eines Rechtsanwalts gehöre, wenn das Interesse des Auftraggebers dahin gehe, das vorhandene Vermögen zu erhalten und eine angemessene Verzinsung zu erzielen. Dieser Fall lag im damals entschiedenen Streit vor, weil Miethäuser nach den Grundsätzen der Rentabilität zu verwalten waren** (BGHZ 46, 268, 270 f, 276). Zugleich wird in jenem Urteil aber klargestellt, daß ausnahmsweise eine anwaltliche Vermögensverwaltung („Wirtschaftsmandat“) auch eine Pflicht zur Rechtsbetreuung umfassen kann (BGHZ 46, 268, 270 f).

cc) Im vorliegenden Streitfall hat der von der Klägerin behauptete Auftrag zur Verwaltung und Abwicklung des Nachlasses in erheblichem Umfang auch eine Rechtsberatung und -vertretung gegenüber dem Vater der Erben wegen der Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche und gegenüber der Finanzbehörde wegen der Steuerforderungen zum Gegenstand gehabt, so daß das Mandat entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts zumindest auch auf eine anwalts-typische Tätigkeit gerichtet war. Dementsprechend ist dieses gemäß dem Klagevortrag durch die Beklagten - auch unter Inanspruchnahme der Gerichte - durchgeführt worden. Danach kann es dahinstehen, ob, wie das Berufungsgericht meint, Sozietätsmitglieder nicht für eine anwaltsuntypische Vertragstätigkeit eines Kollegen haften.

c) Nach alledem hat die Klägerin schlüssig dargelegt, daß die Beklagte für die vertragswidrige Veruntreuung von Nachlaßvermögen durch den Beklagten zu 1) aus dem einheitlichen Anwaltsvertrag als Gesamtschuldnerin haftet. **Die vertragliche Mithaftung aufgrund einer tatsächlichen oder scheinbaren Sozietät erstreckt sich darauf, daß ein Sozietätsanwalt durch vorsätzliche Verletzung seiner Vertragspflichten Mandantengelder beeinträchtigt** (BGHZ 70, 247, 251 f).

Daran ändert es nichts, daß eine solche Vertragsverletzung zugleich eine unerlaubte Handlung und Straftat sein kann (§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 246, 263, 266 StGB, § 826 BGB). **Ein rein deliktisches, vertragsunabhängiges Verhalten des Beklagten zu 1), für das eine Mit-**

haftung der Beklagten entfallen kann (vgl. BGHZ 45, 311, 312 f), ist insoweit nicht behauptet worden.

d) Zur Bescheidung des Klageanspruchs sind tatrichterliche Feststellungen erforderlich, weil die Beklagte dem Klagevorbringen entgegengetreten ist.

aa) Ihre Behauptung, sie sei mit dem Beklagten zu 1) nicht in einer Sozietät verbunden gewesen, ist allerdings unerheblich, weil das Berufungsgericht aufgrund des vorliegenden Sach- und Streitstandes eine Scheinsozietät rechtsfehlerfrei festgestellt hat.

bb) Rechtserheblich ist das unter Beweis gestellte Vorbringen der Beklagten, bei Vertragsschluß hätten die Klägerin und der Beklagte zu 1) deutlich gemacht, daß ein Vertrag nur zwischen ihnen geschlossen werden solle. Da die Beklagte damit den Ausnahmefall eines Einzelmandats behauptet, hat sie dieses zu beweisen. Insoweit hat sie Beweis angetreten. Bei der Würdigung des Beweisergebnisses kann das Berufungsgericht berücksichtigen, daß einerseits die Vollmachten der Erben allein dem Beklagten zu 1) ausgestellt worden sind, andererseits die Beklagte an der Durchführung des Mandats mitgewirkt hat.

cc) Rechtserheblich ist weiterhin der Vortrag der Beklagten, die Klägerin und ihr Bruder hätten von vornherein den Beklagten zu 1) eingeschaltet, um mit dessen Hilfe die Durchsetzung des Pflichtteilsanspruchs des Vaters der Erben in unzulässiger Weise zu vereiteln. Unstreitig haben die Erben im Oktober 1991 und April 1993 – und die Ehefrau des Bruders der Klägerin im August 1993 – dem Beklagten zu 1) hohe Darlehen gewährt; nach dem Vorbringen der Klägerin sollten diese Darlehen, die zurückgezahlt sein sollen, einen Zugriff des Vaters auf Nachlaßmittel verhindern. Nach der Behauptung der Beklagten hat die Klägerin ihre Lohnansprüche an den Beklagten zu 1) abgetreten, um gegenüber dem Vater als mittellos zu erscheinen.

Sollte sich das Vorbringen der Beklagten, Vertragsgegenstand sei von Anfang an eine unzulässige Vereitelung der Ansprüche des Vaters der Erben gewesen, als richtig erweisen, so kann der Vertrag wegen Sittenwidrigkeit nicht (§138 Abs. 1 BGB) oder wegen anwaltsfremden Inhalts allein mit dem Beklagten zu 1) geschlossen worden sein. Die Beweislast trägt insoweit die Beklagte.

4. Die vorstehenden Ausführungen gelten entsprechend, soweit der Beklagte zu 1) nach dem Klagevortrag infolge schuldhafter Verletzung seiner Vertragspflichten Nachlaßverbindlichkeiten nicht oder nicht rechtzeitig aus dem Nachlaßvermögen erfüllt hat.

a) Dies betrifft zunächst die Tilgung der Steuer rückstände der Erblasserin. Insoweit hat die Klägerin Ansprüche auf Ersatz von Säumniszuschlägen in Höhe von 18.629 DM sowie von Vollstreckungskosten in Höhe von insgesamt 1.168 DM schlüssig dargelegt.

b) Dies gilt auch für die Ansprüche auf Ersatz von Zinsen in Höhe von insgesamt 197.262,17 DM, die entstanden sein sollen, weil der Beklagte zu 1) infolge schuldhafter Vertragsverletzung titulierte Pflichtteilsansprüche des Vaters der Erben nicht aus dem Nachlaßvermögen beglichen habe.

c) Auch insoweit erfordert das dargelegte rechtserhebliche Vorbringen der Beklagten tatrichterliche Feststellungen.

II.

Nach den vorstehenden Ausführungen hat das Berufungsgericht auch den mit dem Klageantrag zu 3) verfolgten Klageanspruch auf Ersatz eines Teilbetrages von 62.000 DM, den der Beklagte zu 1) an den Bruder der Klägerin statt an die Erbengemeinschaft ausgezahlt haben soll, mit der unzutreffenden Begründung abgewiesen, ein solches Vorgehen falle ausschließlich in den anwaltsuntypischen Aufgabenbereich eines Vertrages mit dem Beklagten zu 1) über die Verwaltung des Nachlaßvermögens.

1. Nach dem Klagevortrag haben die Erben mit den Beklagten bezüglich der Verwaltung des Nachlasses einen Anwaltsvertrag mit der anwaltstypischen Pflicht zur Rechtsbetreuung geschlossen.

Ist dieser Vertrag rechtswirksam, so hat die Beklagte für dessen ordnungsmäßige Abwicklung einzustehen, wenn sie mit dem Beklagten zu 1) tatsächlich oder scheinbar in einer Sozietät verbunden war. Die einschlägigen vorstehenden Ausführungen (zu Ziffer I.) gelten entsprechend.

Steuerberaterhonorar

2. a) Die Klägerin hat bezüglich dieses Schadenersatzanspruchs eine schuldhafte Verletzung der Pflichten aus dem behaupteten Anwaltsvertrag schlüssig dargelegt.

Sie hat dazu vorgetragen: Jedem Erben hätten aus der Erbschaft 478.906,45 DM zugestanden. Die Beklagten hätten jedoch an den Bruder der Klägerin 571.447 DM gezahlt; von der Zuvielleistung in Höhe von 92.540,54 DM (richtig: 92.540,55 DM) solle ein Teilbetrag von 62.000 DM der Erbengemeinschaft erstattet werden. Die Ehefrau des Bruders der Klägerin habe den gezahlten Betrag zur Errichtung eines Hauses verwendet; der Bruder der Klägerin habe die eidesstattliche Versicherung gemäß § 807 ZPO abgegeben.

Sollte dieses Vorbringen richtig sein, so beruhte die Auszahlung allein an den Bruder der Klägerin statt an die Erbengemeinschaft auf einer zumindest fahrlässigen anwaltlichen Pflichtverletzung. Da im vorliegenden Falle der verwaltete Nachlaß gemeinschaftliches Vermögen beider Miterben und Mandanten in ungeteilter Erbengemeinschaft war (§ 2032 Abs. 1 BGB), hatten Zahlungen aus dem Nachlaß nicht an einen Miterben allein, sondern in einer Weise zu erfolgen, die dem Recht der Miterben zur gemeinschaftlichen Verwaltung des Nachlasses (§ 2038 BGB) entsprach und eine ordnungsmäßige Auseinandersetzung des Nachlaßvermögens zwischen den Miterben (§ 2042 BGB) sicherstellte.

Bei einer Zuwendung von Nachlaßmitteln an nur einen Miterben bestand erkennbar die – nach der Behauptung der Klägerin eingetretene – Gefahr, daß dieses Nachlaßvermögen der Mitverwaltung durch den anderen Miterben und wegen Insolvenz des begünstigten Miterben der Auseinandersetzung entzogen wird.

b) Da die Beklagte insoweit einen Schaden der Klägerin bestritten hat, wird die Klägerin im weiteren Berufungsverfahren für ihren Schadenersatzanspruch noch substantiiert darzulegen haben, daß ihrem Bruder und Miterben bei der Auseinandersetzung des Nachlaßvermögens gemäß § 2042 BGB nur ein Betrag zugeflossen wäre, der geringer ist als die erhaltene Summe von 571.447 DM.

- Vorarbeiten, § 25 StBGebV
 - Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
 - Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV
 - Zeitgebühr
 - Zurückbehaltungsrecht, § 66 StBerG
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.12.1998 – 13 U 241/97)

Leitsatz:

Der Steuerberater kann den bei ihm bei der Bestimmung der angemessenen Gebühr eingeräumten Ermessensspielraum nicht in der Weise nutzen, daß er grundsätzlich eine um 20 % höhere Gebühr einfordert.

Aus den Gründen:

Die Rechtsmittel der Parteien sind zulässig, in der Sache ist aber nur die Berufung der Kläger zu einem geringen Teil begründet.

Der Beklagte hat für die steuerberatende Tätigkeit der Kläger insgesamt noch 8.243,11 DM zu entrichten. Der darüber hinaus erhobene Honoraranspruch ist dagegen nicht gerechtfertigt.

I.

Die mit der neuen Rechnung Nr. 97/1701 vom 28.11.1997 berechneten 3.140,12 DM stehen den Klägern nicht zu.

1. Vorarbeiten zur Überschussermittlung 1995: Die angesetzte Zeitgebühr von 1.007,50 DM können die Kläger nicht beanspruchen. Gemäß § 25 Abs. 2 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) erhält der Steuerberater die Zeitgebühr, wenn **Vorarbeiten, die für die Ermittlung des Überschusses der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben erforderlich waren**, über das übliche Maß erheblich hinausgehen. **Vorarbeiten, die das übliche Maß nur unerheblich überschreiten, sind bereits mit der Wertgebühr abgegolten** (Eggesiecker in: Bonner Handbuch, § 25 STEUGO Rdnr. 25.560). Hier haben die Kläger einen Zeitaufwand von 6,5 Stunden behauptet und eine Gebühr berechnet, die das Honorar für die Hauptleistung, die Ermittlung des Überschusses, nahezu erreicht. Damit haben die Vorarbeiten ein Ausmaß angenommen, das sie in den Bereich einer eigenen Angelegenheit rückt. **Die Kläger hätten dann aber konkret vortragen müssen, warum die Abstimmung des Kontos 1590 derart zeitaufwendig gewesen ist.** Angaben zum Ausmaß der auf diesem Konto

vorgenommenen Buchungen fehlen indessen. Bei dieser Sachlage kann dahinstehen, ob die berechnete Leistung nicht ohnehin durch die Gebühr für die Buchführung, deren Erledigung den Klägern ebenfalls oblegen hat, abgegolten ist.

2. Hilfeleistung bei sonstigen Tätigkeiten: Die Kläger können auch die Gebühr für die Hilfeleistung bei sonstigen **Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Lohnsteuerabzug/der Lohnbuchführung** von 930 DM nicht verlangen. Der Beklagte hat in Abrede gestellt, daß der angesetzte Zeitaufwand von sechs Stunden erforderlich gewesen sei. Die Kläger haben dennoch keinen Anlaß gesehen, ihr Vorbringen zur Notwendigkeit und zum Umfang der berechneten Leistung zu konkretisieren. Die beantragte Vernehmung der Zeugin H. kommt nicht in Betracht, weil das eine unzulässige Ausforschung bedeuten würde.

3. Prüfung der Mahnungen vom 9.8.1996 und 25.9.1996, des Umsatzsteuervorauszahlungsbescheids vom 17.9.1996, des Lohnsteuervorauszahlungsbescheids vom 6.9.1996, des Umsatzsteuervorauszahlungsbescheids vom 8.8.1996, des Umsatzsteuer-Sondervorauszahlungsbescheids vom 21.6.1996 und des Umsatzsteuervorauszahlungsbescheids vom 17.6.1996:

a) Den Klägern stehen die **Gebühren für die Prüfung der vorgenannten Mahnungen und Bescheide** in Höhe von insgesamt 542,50 DM nicht zu. Es handelt sich um Tätigkeiten, die erst nach der Beendigung des Mandats entfaltet worden sind, aber nicht den allein noch geschuldeten Jahresabschluß 1995 betreffen. Den Klägern mag zuzugestehen sein, daß die Prüfung von Steuerbescheiden zu den originären und wichtigsten Aufgaben eines Steuerberaters gehört. Dennoch darf er den vereinbarten Inhalt des Mandats nicht ohne Zustimmung des Auftraggebers ausdehnen. **Richtig ist, daß mit der Mandatsbeendigung nicht alle Pflichten des Steuerberaters entfallen.** So wird er durch das Vertragsende nicht davon entbunden, den Mandanten auf einen gerade aus der Beendigung der steuerberatenden Tätigkeit drohenden Schaden hinzuweisen (BGH, NJW 1997, 1302). Um einen solchen Fall geht es hier jedoch nicht.

b) Die Tatsache, daß der Beklagte das Finanzamt nicht von der Beendigung des Mandats unterrichtet hat, führt zu keiner stillschweigenden Verlängerung des Vertragsverhältnisses. Die Vollmacht ist nur im Verhältnis zum Finanz-

amt in Kraft geblieben (§ 170 BGB), so daß an die Kläger wirksam zugestellt werden konnte. Schließlich vermag die Entgegennahme „geprüfte(r) Post“ durch den Beklagten den Gebührenansatz nicht zu rechtfertigen. Die Kläger haben die in Rede stehenden Schriftstücke durchweg nur mit ihrem Eingangsstempel und Paraphen versehen. Lediglich der Bescheid über einen Verspätungszuschlag zur Lohnsteuer für den Monat Juni 1996 trägt den zusätzlichen Vermerk „Prüfung durch ... H.“.

4. Prüfung der Mahnung vom 3.8.1995: Die Kläger können schließlich die Gebühr für die Prüfung der Mahnung vom 3.8.1995 nicht beanspruchen. Der Beklagte hat bestritten, den Klägern einen entsprechenden Auftrag erteilt zu haben. Den erforderlichen Beweis für ihre Behauptung haben die Kläger nicht angetreten. Einen ausdrücklichen Prüfvermerk trägt die Mahnung ohnehin nicht. Es kann bei dieser Sachlage dahinstehen, ob überhaupt eine **Tätigkeit i.S.d. § 28 StBGebV** vorliegt.

5. Post- und Fernmeldegebühren: Die berechneten Gebühren von 173,04 DM können die Kläger nicht verlangen, weil keine der in der Rechnung vom 28.11.1997 aufgeführten Angelegenheiten zu vergüten ist.

II.

Von den in der Rechnung Nr. 97/1700 vom 28.11.1997 berechneten 13.998,78 DM stehen den Klägern lediglich 7.793,73 DM zu.

1. Ermittlung des Überschusses: Die Kläger können die vom Landgericht zuerkannte Gebühr von 807,50 DM beanspruchen. Die im Berufungsrechtszug weiterhin geltend gemachten 484,50 DM sind dagegen nicht gerechtfertigt.

a) Das Landgericht hat die Gebühr nach **§ 25 Abs. 1 Satz 1 StBGebV** zu Recht reduziert. **Nach dieser Vorschrift kann eine Rahmengebühr von 5/10 bis 20/10 einer vollen Gebühr (Tabelle B) berechnet werden.** Die Gebühr hat der Steuerberater gemäß § 11 StBGebV unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der beruflichen Tätigkeit, nach billigem Ermessen zu bestimmen. **Die Ermessenserwägungen muß der Steuerberater dem Auftraggeber zwar nicht in der Gebührenrechnung mitteilen.** Verlangt er in einem Rechtsstreit aber mehr als die Mittelgebühr, dann hat er die überdurchschnittliche Bedeutung, den

überdurchschnittlichen Umfang und die Schwierigkeiten der Bearbeitung zu erläutern und gegebenenfalls auch zu beweisen (*Senat, GI 1994, 133*). Tatsächliche Darlegungen, warum im vorliegenden Fall die **Höchstgebühr von 20/10** angemessen sein soll, läßt der Sachvortrag der Kläger allerdings auch im Berufungsrechtszug vermissen.

b) Die vom Landgericht zugesprochene Mittelgebühr ist auch nicht um 20 % auf 15/10 der vollen Gebühr zu erhöhen. **Es kann zugunsten der Kläger angenommen werden, daß den Steuerberatern bei der Überschreitung des angemessenen Gebührensatzes ein von den Gerichten nicht überprüfbarer Ermessensspielraum von bis zu 20 % einzuräumen ist. Die Kläger wollen diesen Spielraum allerdings bei sieben von neun Positionen der Rechnung vom 28.11.1997, also gleichsam obligatorisch nutzen, ohne die für die Ermessensausübung ausschlaggebenden Gesichtspunkte zu nennen.** Eine solche Bestimmung widerspricht § 11 StBGebV. Denn der Verordnungsgeber hat in dieser Vorschrift festgelegt, daß alle Umstände, insbesondere die Bedeutung der Angelegenheit, der Umfang und die Schwierigkeit der Tätigkeit, maßgebend sein sollen. Der Steuerberater muß die Bestimmung folglich in jedem Einzelfall treffen. **Auch bei der Geltendmachung der Mittelgebühr hat er – kommt es über die Angemessenheit zum Streit – die für die Ermessensausübung maßgeblichen Gründe darzulegen und gegebenenfalls auch zu beweisen** (*OLG Hamm, GI 1990, 101*). Denn nur dann sind die Gerichte zu der Feststellung in der Lage, ob eine konkret bestimmte Gebühr noch innerhalb eines tolerierbaren Bereichs liegt.

c) Soweit die Kläger für die Angemessenheit der berechneten Gebühr Beweis durch die **Einholung eines Sachverständigengutachtens** angeboten haben, gilt auch hier: Ohne die Darlegung der konkreten Umstände, die für die Bemessung der Gebühr maßgeblich waren, kommt eine Beweiserhebung nicht in Betracht.

d) Gemäß § 25 Abs. 1 Satz 2 StBGebV bemißt sich der **Gegenstandswert** nach dem jeweils höheren Betrag, der sich aus der Summe der Betriebseinnahmen oder der Summe der Betriebsausgaben ergibt. Die Betriebseinnahmen für das Jahr 1995 haben, wie der Gewinnermittlung zu entnehmen ist, 226.792,82 DM betragen, die Betriebsausgaben 177.363,85 DM. Der Beklagte kann den in der Rechnung angegebenen Gegenstandswert von 227.000 DM folglich nicht beanstanden.

2. Erklärung zur Gewerbebesteuer nach dem Gewerbeertrag: Die erstinstanzliche Entscheidung ist auch hinsichtlich dieser Position nicht zu beanstanden. Die Kläger können die Mittelgebühr des § 24 Abs. 1 Nr. 5a StBGebV nach einem Gegenstandswert von 50.000 DM beanspruchen, also 433,65 DM. **Eine pauschale Heraufsetzung der Mittelgebühr um 20 % kommt nicht in Betracht.** Insoweit kann auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen werden. Der **Gegenstandswert** richtet sich gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 5a StBGebV nach dem Gewerbeertrag vor Berücksichtigung des Freibetrages. Der Gewinn des Beklagten hat im Jahre 1995 ausweislich der Gewinnermittlung 49.428,27 DM betragen. Die Annahme eines Gegenstandswertes von 50.000 DM ist mithin korrekt.

3. Erklärung zur Gewerbebesteuer nach dem Gewerbekapital: Die Kläger können lediglich die Mittelgebühr nach § 24 Abs. 1 Nr. 5b StBGebV, also die vom Landgericht zuerkannten 255,78 DM, beanspruchen.

4. Umsatzsteuerjahreserklärung: Auch hinsichtlich dieser Position hat es bei der erstinstanzlichen Entscheidung (297,15 DM) zu verbleiben. Als Gegenstandswert sind nach § 24 Abs. 1 Nr. 8 StBGebV 10 % des Gesamtbetrages der Entgelte zuzüglich des Eigenverbrauchs anzusetzen. Dieser Betrag ist identisch mit der Summe der steuerbaren Umsätze i.S.v. § 1 Abs. 1 Nr. 1–3 UStG (*Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl., § 24 Abs. 1 Nrn. 7–8 Rdnr. 2*). Gemäß der Gewinnermittlung haben die Erlöse im Jahre 1995 197.002,47 DM betragen. Der Gegenstandswert ist bei dieser Sachlage mit 20.000 DM richtig angegeben worden.

5. Buchführung: Der **Gegenstandswert richtet sich gemäß § 33 Abs. 6 StBGebV nach dem Jahresumsatz**. Damit sind in erster Linie die Umsatzerlöse i.S.v. § 277 Abs. 1 HGB gemeint (*Eggesiecker, a.a.O., § 33 STEUGO Rdnr. 33.555*). Danach kommen als Umsatzerlöse die Erlöse in Betracht, die aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung sowie aus typischen Dienstleistungen **nach Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer** erzielt worden sind. In den von den Klägern zugrundegelegten Betriebseinnahmen von 226.792,82 DM ist jedoch, wie der Gewinnermittlung entnommen werden kann, die Umsatzsteuer mit 29.550,35 DM enthalten. Der Gegenstandswert für die Buchführungsarbeiten beträgt daher lediglich 200.000 DM. Auf dieser Basis können die Kläger die Mittelgebühr von 7/10 nach der Tabelle C, folglich 2.402,40 DM, beanspruchen.

6. Erstmalige Einrichtung von Lohnkonten:

Die Kläger haben im Jahre 1995 lediglich sechs Lohnkonten erstmalig eingerichtet, die übrigen sind dagegen fortgeführt worden. **Für die Aufnahme der Stammdaten steht ihnen die mittlere Gebühr nach § 34 Abs. 1 StBGebV von 8,50 DM je Lohnkonto**, mithin ein Betrag von 51 DM, zu.

7. Führung der Lohnkonten: Für die im Jahre 1995 geführten Lohnkonten können die Kläger gemäß § 34 Abs. 2 StBGebV insgesamt 1.575 DM beanspruchen. Die nach dieser Vorschrift anzusetzende **Mittelgebühr von 12,50 DM** ist für jeden Arbeitnehmer pro Abrechnungszeitraum zu entrichten. Die vorgelegten Lohnkonten ergeben einen monatlichen Abrechnungszeitraum. Allerdings waren nicht sämtliche Arbeitnehmer das ganze Jahr beschäftigt. (...) Die für drei Personalnummern berechneten Gebühren können die Kläger schon deshalb nicht verlangen, weil sie die Lohnkonten nicht vorgelegt haben.

8. Rat/Auskunft Erhebungsvordruck: Die berechneten 167 DM sind nach Grund und Höhe nicht zu beanstanden.

9. Rat/Auskunft betreffend Maschinenfinanzierung: Die Kläger können die angesetzten 560,40 DM nicht beanspruchen. Sie behaupten, in der Zeit vom 2.6. bis 20.9.1996, also nach Mandatsende, wegen der Gewährung eines Darlehens diverse Besprechungen mit dem Beklagten und dem Sachbearbeiter seiner Hausbank geführt zu haben. Nachdem der Beklagte bestritten hat, daß nach Mandatsende über die Abschlußarbeiten des Jahres 1995 hinaus ein Beratungsauftrag erteilt worden sei, hätten die Kläger schon konkret vortragen müssen, zu welchem Zeitpunkt und wo die „diversen“ Besprechungen stattgefunden haben.

10. Die Post- und Fernmeldegebühren nach § 16 StBGebV betragen 787,68 DM.

11. Die in der Rechnung Nr. 97/1700 berechneten Leistungen sind mit insgesamt 6.777,16 DM und unter Berücksichtigung von 15% Mehrwertsteuer mit 7.793,73 DM zu vergüten.

III.

Die mit der Rechnung Nr. 96/949 vom 30.9.1996 berechnete Leistung ist mit 440,07 DM zu vergüten.

1. Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV bemißt sich der Gegenstandswert für die Fertigung der Ein-

kommensteuererklärung nach der Summe der positiven Einkünfte. Bei Einkünften aus einem Gewerbebetrieb ist der Gewinn oder Verlust, bei nichtselbständiger Tätigkeit der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten maßgeblich. Ausweislich der vorgelegten Gewinnermittlung hat der Gewinn im Jahre 1994 16.781,56 DM betragen, die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beliefen sich nach der Steuerkarte des Beklagten auf 13.856,56 DM. Der angesetzte Gegenstandswert von 29.000 DM ist daher nicht zu beanstanden.

2. Zur Wahl des Rahmensatzes haben die Kläger auch im Berufungsrechtszug keine konkreten Tatsachen vorgetragen. Sie können mithin nur die Mittelgebühr von 3,5/10 beanspruchen. Diese beläuft sich auf 342,67 DM, so daß unter Berücksichtigung der Pauschale nach § 16 StBGebV und der Mehrwertsteuer insgesamt 440,07 DM zuzuerkennen sind.

IV.

Die in der Rechnung Nr. 96/948 vom 30.9.1996 berechneten Leistungen der Kläger sind mit 2.224,61 DM zu vergüten.

1. Ermittlung des Überschusses: Den Klägern steht für diese Leistung ein Honorar von 386,25 DM zu.

a) **Gemäß § 25 Abs. 1 Satz 2 StBGebV bemißt sich der Gegenstandswert nach dem jeweils höheren Betrag, der sich aus der Summe der Betriebseinnahmen oder der Summe der Betriebsausgaben ergibt.** Die Betriebseinnahmen für das Jahr 1994 haben, wie der Gewinnermittlung zu entnehmen ist, 48.338,80 DM betragen, die Betriebsausgaben 31.557,24 DM. Der Beklagte kann den in der Rechnung angegebenen Gegenstandswert von 49.000 DM folglich nicht beanstanden.

b) Gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 StBGebV kann eine Rahmengebühr von 5/10 bis 20/10 der vollen Gebühr (Tabelle B) berechnet werden. Eine plausible Begründung, warum die **Höchstgebühr** gerechtfertigt sein könnte, haben die Kläger nicht geliefert. Sie können allenfalls die Mittelgebühr (12,5/10) von 386,25 DM beanspruchen.

2. Klärung von Buchungsbelegen: Die angesetzte Zeitgebühr von 387,50 DM können die Kläger nicht beanspruchen. **Gemäß § 25 Abs. 2 StBGebV erhält der Steuerberater die Zeitgebühr, wenn Vorarbeiten, die für die Ermittlung des Über-**

schusses der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben erforderlich waren, über das übliche Maß erheblich hinausgehen. Daß solche Vorarbeiten erforderlich gewesen seien, hat der Beklagte bestritten. Die Kläger hätten dann aber konkret vortragen müssen, welche Arbeiten erforderlich gewesen sind. Bei dieser Sachlage kann dahinstehen, ob die „Klärung von Buchungsbelegen“ nicht ohnehin durch die Gebühr für die Buchführung, die den Klägern ebenfalls obliegen hat, abgegolten ist.

3. Gewerbesteuererklärung nach dem Gewerbeertrag: Aus den bereits dargelegten Gründen können die Kläger nur die Mittelgebühr von 3,5/10, also 264,60 DM, beanspruchen. Ein Zuschlag von 20% kommt nicht in Betracht.

4. Gewerbesteuererklärung nach dem Gewerkekapi tal: Auch hier ist nur die Mittelgebühr von 6,5/10 anzusetzen, so daß der Beklagte 256,10 DM zu entrichten hat.

5. Umsatzsteuererklärung: Die den Klägern zustehende Mittelgebühr beläuft sich auf 210,35 DM.

6. Buchführung: Der **Gegenstandswert** richtet sich gemäß § 33 Abs. 6 StBGebV nach dem Jahresumsatz. Damit sind, wie bereits ausgeführt, in erster Linie die Umsatzerlöse i.S.v. § 277 Abs. 1 HGB gemeint. Hier haben die Kläger die Einnahmen gemäß der Gewinnermittlung 1994 von 42.033,75 DM, und zwar ohne die Mehrwertsteuer, zugrundegelegt. Der mit 43.000 DM bezifferte Gegenstandswert ist mithin korrekt. Auf dieser Basis können die Kläger für vier Monate die Mittelgebühr von 7/10 nach der Tabelle C, also 400,40 DM, beanspruchen.

7. Fristverlängerungsanträge: Die Kläger können für die Fristverlängerungsanträge vom 13.11.1995, 3.1.1996 und 15.2.1996 jeweils eine **6/10-Gebühr nach § 23 Nr. 10 StBGebV**, insgesamt also 180 DM, beanspruchen. Dabei kann dahinstehen, ob nach den Grundsätzen, die bei vergleichbaren Angelegenheiten zur Anwendung kommen (vgl. Eckert/Böttcher, a.a.O., § 23 Rdnr. 3), ein Gegenstandswert von 1.400 DM anzusetzen ist. Daß die verlangte Gebühr angemessen ist, verdeutlicht ein Vergleich mit der Zeitgebühr. Für entsprechende Anträge kann allenfalls ein halber Stundensatz (Mittelgebühr: 55 DM) verlangt werden.

Im Berufungsrechtszug haben die Kläger konkret dargelegt, daß der Beklagte die Fristverlängerungsanträge zu verantworten hat.

8. Die Post- und Fernmeldegebühren nach § 16 StBGebV betragen 236,74 DM.

9. Die in der Rechnung Nr. 96/948 berechneten Leistungen sind insgesamt mit 1.934,44 DM und unter Berücksichtigung von 15% Mehrwertsteuer mit 2.224,61 DM zu vergüten.

V.

Schließlich hat der Beklagte für die in der Rechnung Nr. 96/947 vom 27.9.1996 berechneten Leistungen ein Honorar von 544,70 DM zu entrichten.

1. Wie bereits ausgeführt, bemißt sich der Gegenstandswert für die Fertigung der Einkommensteuererklärung gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV nach der Summe der positiven Einkünfte. Die Einkünfte aus dem Gewerbebetrieb des Beklagten haben laut der Gewinnermittlung der Kläger 49.428,97 DM betragen. Zu den angeblichen Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit haben sie allerdings keine Angaben gemacht. Der Gegenstandswert ist daher nur mit 50.000 DM zu bemessen.

2. Zur Wahl des Rahmensatzes haben die Kläger auch im Berufungsrechtszug keine konkreten Tatsachen vorgetragen. Sie können mithin nur die Mittelgebühr von 3,5/10 beanspruchen. Diese beläuft sich auf 433,65 DM, so daß unter Berücksichtigung der Pauschale nach § 16 StBGebV und der Mehrwertsteuer insgesamt 544,70 DM zuzuerkennen sind.

VI. (...)

VII.

Ohne Erfolg wendet der Beklagte ein, die Kläger hätten ihm die Arbeitsergebnisse nicht ausgehändigt. **Der Streit in Rechtsprechung und Literatur, ob der Steuerberater berechtigt ist, diese bis zur Bezahlung des Honorars zurückzubehalten, dürfte durch § 66 Abs. 1 StBerG (eingefügt durch das 6. StBerÄG vom 24.6.1994, BGBl I 1994, 1387) erledigt sein. Nach dieser Vorschrift kann der Steuerberater die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist.**

Zu den Handakten gehören nicht nur die in § 66 Abs. 2 StBerG erwähnten Schriftstücke, die der Steuerberater von seinem Auftraggeber erhält, sondern auch sämtliche Arbeitsergebnisse. (...)

Steuerberaterhonorar

- Zinsschaden
 - Darlegung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 23.10.1997 - 13 U 159/96)

Leitsatz (d.Red.):

Hat der Steuerberater drei Konten, so genügt es zur Darlegung eines Zinsschadens nicht, wenn er dauernd ein Konto in Höhe der Honorarforderung überzogen hatte.

Aus den Gründen:

I.

Die Klägerin hat den Beklagten, den sie bis Mitte 1993 als Steuerberaterin betreut hat, aus insgesamt 16 Rechnungen auf Honorar in Anspruch genommen.

Das Landgericht hat nach Beweisaufnahme 19.082,09 DM von den zuletzt verlangten 25.467,26 DM zugesprochen. Mit der Berufung macht die Klägerin weitere 3.893,66 DM geltend.

Der Beklagte hat die Hauptsache und 4% Zinsen anerkannt; im Streit ist nur noch die weitergehende Zinsforderung der Klägerin.

II.

Die Berufung ist in der Hauptsache begründet; im übrigen ist sie nicht begründet:

1. In Höhe von 3.893,66 DM zuzüglich 4% Zinsen seit dem 24.2.1994 ist der Beklagte nach § 307 Abs. 1 ZPO seinem Anerkenntnis gemäß zu verurteilen.

Den Teilbetrag, der ab dem 16.7.1993 zu verzinzen ist, hat der Senat bei der Neufassung der Urteilsformel nicht aus dem Berufungsantrag, sondern aus der Urteilsformel des Landgerichts übernommen, weil die Klägerin im Zweifel keine Abänderung zu ihrem Nachteil anstrebt; davon geht ersichtlich auch der Beklagte aus (Schreiben vom 16.9.1997: „4% Zinsen aus 12.262,14 DM seit dem 16.7.1993 ...“).

2. Die weitergehende Zinsforderung der Klägerin ist nicht gerechtfertigt. Ab wann der Beklagte sich in Verzug befunden hat, kann offenbleiben. Denn das tatsächliche Vorbringen der Klägerin rechtfertigt nicht die Feststellung, daß ihr **durch den Verzug ein Zinsschaden entstanden** ist:

a) Daß die Klägerin ihr Girokonto bei der Sparkasse dauernd in Höhe der Beträge überzogen hatte, die der Beklagte ihr schuldete, mag richtig sein. Auf den Rechnungen der Klägerin sind aber drei Bankverbindungen angegeben: Sparkasse, Volksbank und Postgiro.

Mangels gegenteiliger Absprache hätte der Beklagte auf jedes der angegebenen Konten mit befreiender Wirkung zahlen können. Zahlungen auf die Konten bei der Volksbank oder dem Postgiroamt hätten den Schuldsaldo bei der Sparkasse nicht verringert.

Deshalb hätten Zahlungsrückstände nur dann zwangsläufig einen Zinsschaden verursacht, wenn und soweit entweder alle drei Konten überzogen waren oder die Klägerin Überschüsse auf einem der anderen Konten regelmäßig dazu verwendet hätte, Schuldsalden auf einem der anderen Konten auszugleichen.

Weder das eine noch das andere ist vorgetragen.

b) Richtig mag auch sein, daß

- die Klägerin bei der LBS Vorfinanzierungskredite aufgenommen hatte, um die Zeit bis zur Zuteilung zweier Bausparverträge zu überbrücken,

- die Bausparverträge früher zugeteilt worden wären, wenn die Klägerin Sonderzahlungen geleistet hätte, und

- die Klägerin Zahlungen des Beklagten dazu verwendet hätte, Sonderzahlungen auf ihre Bausparverträge zu leisten.

Der Schaden kann aber nur in der Differenz zwischen den Zinssätzen der Vorfinanzierungskredite und denen der Bauspardarlehen bestehen.

Wie hoch die Zinsen für ihre Bauspardarlehen sind, hat die Klägerin nicht vorgetragen. Deshalb kann nicht festgestellt werden, daß der Klägerin ein über 4% hinausgehender Zinsschaden entstanden ist. (...)

Steuerberaterhonorar

- Honorarvereinbarung, § 4 StBGebV
- Verjährung
- Verjährungsunterbrechung durch
Aufrechnung, § 209 Abs. 2 Nr. 3 BGB
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 12.6.1997 - 13 U 174/96)

Leitsätze (d.Red.):

1. Eine Honorarvereinbarung über eine höhere Vergütung als in der StBGebV vorgesehen kann sowohl vor Beginn der Tätigkeit des Steuerberaters als auch später geschlossen werden.
2. Eine Erklärung mit Nichtwissen gemäß § 138 Abs. 4 ZPO ist nur über Tatsachen möglich, die weder eigene Handlungen der Partei noch Gegenstand ihrer eigenen Wahrnehmung gewesen sind.
3. Eine Aufrechnung, die aus prozessualen oder materiell-rechtlichen Gründen unzulässig ist, unterbricht die Verjährung gemäß § 209 Abs. 2 Nr. 3 BGB.

Aus den Gründen:

I.

Die Klägerin macht mit ihrer Rechnung vom 21.7.1994 in 49 Einzelpositionen einen Honoraranspruch von insgesamt 13.695,12 DM geltend. In Höhe eines Teilbetrages von 7.702,68 DM hat die Klage Erfolg, in Höhe von 5.992,44 DM unterliegt die Klägerin.

1. Die Parteien haben, soweit es die **Prüfung von Steuerbescheiden** anbelangt, am 20.2.1992/5.3.1992 eine wirksame **Honorarvereinbarung** i.S.d. § 4 Abs. 1 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) geschlossen. Die Regelung unter Nr. 1.04 des Vertrages ist eindeutig. **Die Vereinbarung über die Zahlung einer höheren Vergütung kann vor Beginn der Tätigkeit des Steuerberaters, aber auch später geschlossen werden** (Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl., § 4 Anm. 4.1).

Hier enthält der Vertrag unter Nr. 3 eine Bestimmung über seine rückwirkende Geltung ab 1.1.1991. Die Klägerin kann folglich sämtliche im Jahre 1992 erfolgten Prüfungen von Steuerbescheiden auf der Basis der Honorarvereinbarung abrechnen. Nichts anderes gilt für das Jahr 1993. Zwar ist der Steuerberatungsvertrag von der Beklagten wirksam zum 31.12.1992 gekündigt worden. Die Klägerin hat aber im Jahre

1993 weiterhin Steuerberaterleistungen für die Beklagte erbracht, insbesondere Steuerbescheide geprüft. Das war trotz der Kündigung des Steuerberatungsvertrages auch sinnvoll, weil die Klägerin die Steuererklärungen angefertigt hatte.

Daß die Honorarvereinbarung für diese Tätigkeiten nicht mehr gelten, sondern auf der Basis der StBGebV abgerechnet werden sollte, hätte die Beklagte schon zum Ausdruck bringen müssen. Das gilt um so mehr, als sie den **erhöhten Stundensatz** auch schon vor dem Abschluß der Vereinbarung vom 20.2.1992/5.3.1992 entrichtet hat. Ihr Schweigen kann jedenfalls nur dahin gewertet werden, daß die Honorarvereinbarung für die Restarbeiten weiter Anwendung finden sollte.

2. Die Beklagte kann nicht mit Nichtwissen bestreiten, daß die Klägerin die in der Auflistung vom 19.7.1994 und in der Rechnung vom 20.7.1994 genannten Leistungen erbracht hat.

Eine Erklärung mit Nichtwissen ist gemäß § 138 Abs. 4 ZPO nur über Tatsachen zulässig, die weder eigene Handlungen der Partei noch Gegenstand ihrer eigenen Wahrnehmung gewesen sind. Die Beklagte hat die mit Schriftsatz vom 13.12.1995 überreichten Unterlagen, die sich auf die einzelnen Rechnungspositionen beziehen, erhalten. Sie ist damit in der Lage, zu prüfen und konkret vorzutragen, ob sie die Klägerin mit der Erledigung der Angelegenheiten beauftragt hat oder nicht. Aus den Unterlagen ergibt sich auch, zu welchem Zeitpunkt die Arbeiten vorgenommen worden sind. Die Prüfung der Steuerbescheide war ohnehin nur innerhalb des Laufs der jeweiligen Rechtsmittelfrist sinnvoll.

3. Der Beklagten ist es auch verwehrt, mit Nichtwissen zu bestreiten, daß der Geschäftsführer der Klägerin die berechneten Leistungen erbracht hat. Fast alle Steuerbescheide sind mit dessen Prüfvermerk versehen. Der Beklagten liegen die entsprechenden Unterlagen vor. Die Einsprüche tragen das Diktatzeichen des Geschäftsführers der Klägerin. Die Beklagte trägt auch nicht vor, daß ihre Steuerangelegenheiten in der Regel von einem Mitarbeiter der Klägerin erledigt worden seien. Mit diesem wäre sie im Laufe der steuerlichen Beratung gewiß in Kontakt getreten. Wenn der Geschäftsführer der Klägerin die Steuererklärungen angefertigt hat, ist es auch wenig sinnvoll, eine andere Person mit der Überprüfung der Steuerbescheide zu beauftragen.

Die Kündigung des Steuerberatungsvertrages hat die Beklagte im übrigen an den Geschäftsführer der Klägerin persönlich gerichtet. Die Beklagte bedankt sich ausdrücklich für dessen langjährige kompetente und angenehme Zusammenarbeit. Bei dieser Sachlage hegt der Senat keine Zweifel, daß die Beklagte vom Geschäftsführer der Klägerin in allen steuerlichen Belangen beraten und vertreten worden ist.

4. Die **Verjährungseinrede** greift überwiegend nicht durch. Die Verjährungsfrist hinsichtlich der Ansprüche, die Gegenstand der im vorausgegangenen Rechtsstreit überreichten Auflistung vom 19.7.1994 sind, ist am 20.9.1994 unterbrochen worden.

a) **Gemäß § 209 Abs. 2 Nr. 3 BGB wird die Verjährung durch die Geltendmachung der Aufrechnung des Anspruchs in Prozesse unterbrochen. Allerdings kann nur mit einer fälligen Forderung aufgerechnet werden** (Palandt/Heinrichs, BGB 55. Aufl., § 387 Rdnr. 11 m.w.N.).

Die Vergütung des Steuerberaters wird **fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist** (§ 7 StBGebV). Es kommt also nicht darauf an, daß der Steuerberater die Vergütung gemäß § 9 StBGebV nur aufgrund einer unterzeichneten und dem Auftraggeber mitgeteilten Rechnung „einfordern“, also Zahlung verlangen kann (BGH, NJW 1997, 516, 517).

Aber selbst wenn man die Auffassung vertreten wollte, der Gebührenanspruch eines Steuerberaters sei erst mit der Erteilung einer Rechnung aufrechenbar, ist die Verjährung unterbrochen worden. Denn nach dem Rechtsgedanken des § 209 BGB macht der Gläubiger, der die Durchsetzung seines Anspruchs aktiv betreibt, dem Schuldner seinen Rechtsverfolgungswillen so deutlich, daß dieser sich darauf einrichten muß, auch noch nach Ablauf der ursprünglichen Verjährungsfrist in Anspruch genommen zu werden (BGH, MDR 1981, 663). **Wenn demgemäß eine unzulässige Klage die Verjährung unterbricht, dann kann nichts anderes für eine Aufrechnung gelten, die aus prozessualen oder materiell-rechtlichen Gründen unzulässig ist** (Palandt/Heinrichs, a.a.O., § 209 Rdnr. 19 m.w.N.).

b) **Gemäß § 215 Abs. 2 BGB gilt die Unterbrechung als nicht erfolgt, wenn nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung des Prozesses, in welchem die Aufrechnung geltend gemacht worden ist, Klage auf Befriedigung oder Feststellung erhoben wird.**

Diese Frist hat die Klägerin eingehalten. Der Vorprozeß ist am 1.6.1995 rechtskräftig entschieden worden. Bereits am 22.9.1995 hat die Klägerin die vorliegende Klage erhoben. (...)

5. Die Klägerin hat für die Prüfung von Steuerbescheiden Zeitgebühren von 150–450 DM angesetzt. Soweit sie mehr als die „Mindestberechnungseinheit“ von einer halben Stunde ansetzt, trägt sie nicht vor, warum der höhere Zeitaufwand erforderlich gewesen ist. Da nähere Erläuterungen zum Prüfungsumfang nicht vorliegen, kann die Klägerin durchweg nur 150 DM für die Prüfung jedes Steuerbescheides beanspruchen. Die zuvor errechneten 10.063,20 DM vermindern sich daher um weitere 1.800 DM auf 8.263,20 DM.

6. Schließlich stehen der Klägerin die in Rechnung gestellten **Post- und Fernmeldegebühren** nicht zu. Nach § 16 StBGebV kann der Steuerberater nach seiner Wahl die tatsächlich entstandenen Kosten oder einen Pauschsatz fordern, der 15 v.H. der Gebühren beträgt, in der einzelnen Angelegenheit aber höchstens 40 DM. Wie sich die berechneten 1.245,60 DM auf die einzelnen Angelegenheiten verteilen, wird nicht nachvollziehbar dargelegt. (...)

Anwaltsverjährung

- Verjährungsbeginn
- Prozeßfehler
- Fristablauf, Verjährungseintritt
- Sekundäranspruch
- Anlaß zur retrospektiven Prüfung (OLG Schleswig, Urt. v. 29.5.1997 – 11 U 113/95)

Leitsätze (d.Red.):

1. Läßt der Rechtsanwalt einen Schadenersatzanspruch verjähren, tritt der Verjährungsbeginn des Regreßanspruchs gegen ihn mit Fristablauf ein, gleichgültig ob und wann der Prozeßgegner die Verjährungseinrede erhebt.

2. Ein „Sekundäranspruch“ gegen den Rechtsanwalt ist zu bejahen, wenn dieser begründeten Anlaß hatte, sein eigenes Verhalten auf eventuelle Fehler zu untersuchen. Nicht jedes Handeln des Anwalts erfordert automatisch eine zusätzliche Prüfung auf zurückliegende Fehler (hier: erstmals der Berufungssenat erwägt in der mündlichen Verhandlung, daß der Mahnbescheid zu spät zugestellt wurde).

3. Wird der Mandant vor Ablauf der Primärverjährung von einem anderen Anwalt beraten, so hat in erster Linie dieser den Schaden zu verantworten, der durch den Eintritt der Primärverjährung gegen den Erstberater eingetreten ist.

Anmerkung:

Die vom OLG Schleswig zitierte BGH-Rechtsprechung zum Verjährungsbeginn bei Prozeßfehlern ist durch das Urteil des BGH vom 12.2.1998 – IX ZR 190/97, GI 1998, 83, überholt worden. Es kommt nicht mehr auf die Rechtskraft des Prozesses an, sondern es genügt die negative Instanzentscheidung zum Schadeneintritt.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt die Beklagten auf Schadenersatz wegen schuldhafter Verletzung eines Anwaltsvertrages mit dem Vorwurf in Anspruch, die Beklagten hätten als ihre damaligen Bevollmächtigten eine Werklohnforderung gegen Herrn Dr. W. verjähren lassen.

Am 22.12.1986 ging bei dem Amtsgericht K. ein Antrag auf Erlaß eines Mahnbescheides der Klägerin gegen Dr. W. auf Zahlung einer Werklohnforderung in Höhe von 84.921,13 DM ein. Die Klägerin wurde dabei vertreten durch die in Sozietät verbundenen Beklagten zu 1) und 2). Der Beklagte zu 3) trat der Sozietät erst 1988 bei.

In dem Mahnbescheidsantrag war in der Rubrik „Zinsen“ kein Zinssatz angegeben. Unter dem Datum des 15.1.1987 – abgesandt am 19.1.1987 – wandte sich der zuständige Rechtspfleger deshalb vor Zustellung des Mahnbescheides an die Beklagten zu 1) und 2) und fragte nach der Höhe des geltend gemachten Zinssatzes. Die Beklagten zu 1) und 2) antworteten mit einem am 11.2.1987 bei dem Amtsgericht K. eingegangenen Schreiben vom 10.2.1987 und nannten einen Zinssatz. Der Mahnbescheid wurde daraufhin am 17.2.1987 erlassen und am 21.2.1987 dem Dr. W. zugestellt.

Dieser erhob am 27.2.1987 Widerspruch. Mit Verfügung vom 4.3.1987 wurde die Klägerin durch das Amtsgericht K. aufgefordert, die zweite Hälfte des Prozeßkostenvorschusses einzuzahlen. Diese Einzahlung erfolgte allerdings

erst am 27.12.1989 gemeinsam mit dem Eingang des anspruchsbegründenden Schriftsatzes. Am 15.1.1990 wurde daraufhin die Abgabe an das Landgericht K. verfügt.

Das Landgericht K. wies die Klage mit der Begründung ab, der Klägerin stehe gegen Herrn Dr. W. kein Anspruch auf den Werklohn zu, da der Auftrag nicht von ihm, sondern allein von seiner damaligen Ehefrau erteilt worden sei.

Die gegen dieses Urteil seitens der Klägerin eingelegte Berufung hatte keinen Erfolg. In der mündlichen Verhandlung am 6.2.1992 teilte der 5. Zivilsenat der Klägerin als vorläufige Ansicht des Gerichtes mit, daß ihr Anspruch gegen Dr. W. verjährt sein dürfte. Verjährung könne eingetreten sein, weil der Mahnbescheid nicht „demnächst“ zugestellt worden sei. Eine etwa doch seit Eingang des Mahnbescheidsantrages eingetretene Unterbrechung der Verjährung habe jedenfalls mit der letzten Prozeßhandlung des Gerichtes am 4.3.1987 ihr Ende gefunden, weil der Prozeß anschließend in Stillstand geraten sei. Zu dieser Verjährungsproblematik nahm der zweitinstanzliche Prozeßbevollmächtigte der Klägerin mit Schriftsatz vom 20.2.1992 Stellung.

Mit einem am 27.2.1992 verkündeten Urteil wies der 5. Zivilsenat die Berufung der Klägerin in ihrem Verfahren gegen Dr. W. zurück. Der Anspruch der Klägerin gegen Dr. W. sei verjährt. Die Werkleistungen der Klägerin seien jedenfalls 1984 abgeschlossen gewesen. Der Ende 1986 bei dem Amtsgericht K. eingegangene Mahnbescheid habe die kurze Verjährungsfrist nicht mehr wahren können, weil er erst Ende Februar 1987 und damit nicht mehr „demnächst“ zugestellt worden sei. Dies sei auf den Umstand zurückzuführen, daß die Klägerin das Antragsformular hinsichtlich des Zinssatzes unvollständig ausgefüllt und auf die am 19.1.1987 diesbezüglich abgesandte Anfrage des Rechtspflegers erst mit einem am 11.2.1987 eingegangenen Schriftsatz geantwortet habe. Darin liege eine Verzögerung von mehr als zwei Wochen, welche den Vorwurf nachlässigen Prozeßverhaltens gegenüber der Klägerin begründe.

Im übrigen greife die Einrede der Verjährung zugunsten des Dr. W. auch durch, wenn der Antrag auf Erlaß eines Mahnbescheides die Verjährung zunächst unterbrochen habe. Mit der dann letzten Prozeßhandlung des Gerichtes vom 4.3.1987 sei der Prozeß nämlich in Stillstand geraten und erst fast drei Jahre später wieder betrieben worden.

Dieses Urteil ist rechtskräftig geworden.

Mit ihrer am 25.1.1993 bei dem Landgericht I. eingegangenen Klage hat die Klägerin die Beklagten in Anspruch genommen, weil diese die Forderung gegen Dr. W. schuldhaft hätten verjähren lassen. Ihr sei dadurch ein Schaden jedenfalls in Höhe der Forderung gegen Dr. W. – nämlich 84.921,13 DM – entstanden.

Den Auftrag an die Klägerin habe zwar die Ehefrau des Dr. W., die Zeugin B., erteilt, die seinerzeit Mehrheitsgesellschafterin der persönlich haftenden Komplementär-GmbH der Klägerin sowie alleinige Kommanditistin und alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin der Komplementär-GmbH gewesen sei. Frau B. habe aber bei dem hier fraglichen Auftrag in Vollmacht ihres damaligen Ehemannes Dr. W. gehandelt, der deshalb verpflichtet und Vertragspartner der Klägerin geworden sei.

Das Landgericht hat diese Klage mit Versäumnisurteil vom 25.6.1993 abgewiesen. Die Klägerin hat dagegen Einspruch eingelegt.

(Anträge ...)

Die Beklagten haben vorgetragen, der Klägerin stehe ein Schadenersatzanspruch gegen sie nicht zu, weil ihr auch die geltend gemachte Forderung gegen Dr. W. nicht zugestanden habe. Vielmehr seien die fraglichen Aufträge an die Klägerin von der Ehefrau des Dr. W. im eigenen Namen erteilt worden. Bei ihrer Mandatsübernahme im Jahre 1986 seien etwaige Forderungen im übrigen auch bereits verjährt gewesen, denn die Klägerin habe die Arbeiten am Hause des Dr. W. bereits 1983 abgeschlossen. Schließlich sei die nunmehr gegen sie – die Beklagten – erhobene Forderung ebenfalls verjährt. (...)

Das Landgericht hat der Klage nach Beweisaufnahme mit seinem am 18.5.1995 verkündeten Urteil hinsichtlich der Beklagten zu 1) und 2) stattgegeben und diese als Gesamtschuldner verurteilt, an die Klägerin DM 84.921,13 zuzüglich 8,5 % Zinsen seit dem 21.2.1992 zu zahlen. Hinsichtlich des Beklagten zu 3) hat das Landgericht die Klage abgewiesen.

Zur Begründung hat das Landgericht im wesentlichen ausgeführt, nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sei erwiesen, daß die Zeugin B. in Vollmacht des Dr. W. und für diesen die fraglichen Aufträge an die Klägerin erteilt habe.

Die daraus resultierende Forderung der Klägerin gegen Dr. W. sei bei der Mandatserteilung an die Beklagten 1986 auch noch nicht verjährt gewesen, weil die fraglichen Arbeiten erst 1984 hätten abgeschlossen werden können.

Den Beklagten zu 1) und 2) sei anzulasten, daß sie das Verfahren nach der letzten Prozeßhandlung des Gerichtes vom 4.3.1987 nicht weiterbetrieben hätten, so daß schließlich Verjährung eintreten können. Sie müßten deshalb aus schuldhafter Pflichtverletzung des Anwaltsvertrages auf Schadenersatz haften.

Der Anspruch der Klägerin gegen die Beklagten selbst sei gemäß § 51 BRAO noch nicht verjährt. Nach der neueren Rechtsprechung des BGH sei ein Schaden i.S.d. 1. Alt. des § 51 BRAO nämlich regelmäßig noch nicht eingetreten, solange nicht ausgeschlossen werden könne, daß die Entscheidung in einem weiteren Rechtszug zugunsten des Mandanten korrigiert werde. Somit sei hier der Schaden der Klägerin erst mit der Verkündung des Urteils des Oberlandesgerichts am 27.2.1992 entstanden und deshalb der Schadenersatzanspruch bei Klageerhebung im Februar 1993 noch nicht verjährt gewesen.

Ein Anspruch gegen den Beklagten zu 3) bestehe nicht, weil dieser erst nach Mandatserteilung durch die Klägerin in die Sozietät eingetreten sei, eine Mandatserteilung an ihn nicht vorliege und der das Mandat betreffende Schriftverkehr mit Briefkopf ohne seinen Namen geführt worden sei.

Gegen das am 28.6.1995 zugestellte Urteil haben die Beklagten zu 1) und 2) am 20.7.1995 Berufung eingelegt. Die Berufungsbegründung ist am 31.8.1995 eingegangen.

Mit der Berufung verfolgen die Beklagten zu 1) und 2) ihre Rechtsauffassung unter Wiederholung der erstinstanzlichen Tatsachenbehauptungen weiter. Ein etwaiger Anspruch der Klägerin gegen sie aus schuldhafter Verletzung des Anwaltsvertrages sei jedenfalls verjährt. Insoweit erheben die Beklagten zu 1) und 2) im übrigen erneut die Verjährungseinrede. Gegen die Auffassung des Landgerichts, wonach der Schaden noch nicht eingetreten sei, solange nicht ausgeschlossen werden könne, daß die Entscheidung in einem weiteren Rechtszug korrigiert werde, verweisen sie auf die Entscheidung des BGH in NJW 1994, 2822 f.

(Anträge ...)

Die Klägerin ist insbesondere der Ansicht, ihr Anspruch gegen die Beklagten zu 1) und 2) sei gemäß den zutreffenden Ausführungen des Landgerichts nicht verjährt. Der nunmehr einschlägige § 51b BRAO setze nämlich voraus, daß ein Schadenersatzanspruch entstanden sei. Dafür reiche aber nicht aus, daß eine Verjährungsfrist abgelaufen sei. Daraus erwachse allenfalls das Risiko eines zukünftigen Schadens, der aber noch abhängig von der Erhebung der Verjährungseinrede und der endgültigen gerichtlichen Entscheidung sei. Selbst wenn man dies aber anders sehen würde, stünde der Klägerin der sog. „Sekundäranspruch“ gegen die Beklagten zu 1) und 2) zu, weil diese jeden Hinweis auf die Verjährungsproblematik nach § 51b BRAO schuldhaft unterlassen hätten. (...)

Die zulässige Berufung der Beklagten zu 1) und 2) hat Erfolg.

Aus den Gründen:

Das Landgericht hat die Beklagten zu 1) und 2) zu Unrecht zur Zahlung von Schadenersatz wegen schuldhafter Verletzung des Anwaltsvertrages verurteilt. Es hat verkannt, daß gegen einen derartigen Anspruch jedenfalls die erhobene Einrede der Verjährung durchgreift. Die Beklagten sind gemäß § 51b BRAO i.V.m. § 222 BGB berechtigt, die Leistung zu verweigern. Die Klägerin kann ihren Schadenersatzanspruch auch nicht auf den sog. „Sekundäranspruch“ stützen.

Gemäß § 51b BRAO verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch in drei Jahren nach der Beendigung des Auftrags.

Der Schadenersatzanspruch im Sinne der 1. Alt. dieser Norm ist entstanden, wenn der Rechtsanwalt die pflichtwidrige schadenstiftende Handlung begangen und einen Schaden insoweit herbeigeführt hat, als nämlich die Vermögenslage des Auftraggebers infolge der Handlung im Vergleich mit dem früheren Vermögensstand schlechter geworden ist. Es muß dabei nicht feststehen, ob ein Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird. Ein Schadenersatzanspruch ist allerdings noch nicht entstanden, wenn offen ist, ob ein pflichtwidriges Verhalten zu einem Schaden führt.

Dann nämlich ist allenfalls künftig ein Schaden möglich, der – weil noch nicht eingetreten – für den Beginn der kurzen Verjährung des § 51b BRAO nicht erheblich ist (*ständige Rechtsprechung des BGH, siehe etwa Urt. v. 9.7.1992, NJW 1992, 2828 f.*).

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesgerichtshof in dem von dem Landgericht und auch der Klägerin in Bezug genommenen Urteil vom 9.7.1992 (*a.a.O.*) die Ansicht vertreten, ein Schaden der Mandanten eines Rechtsanwalts sei noch nicht mit Verkündung eines erstinstanzlichen Urteils eingetreten, das einer Werklohnklage mangels im Prozeß rechtzeitig vorgebrachter Rüge der Baumängel stattgegeben habe.

Der Schaden trete in einem solchen Fall erst dann ein, wenn die Entscheidung in einem weiteren Rechtszug nicht mehr zugunsten des Mandanten geändert werden könne, weil nämlich gerade die Zulassung oder Nichtzulassung neuen Vorbringens nach § 528 ZPO von einer Vielzahl von Umständen abhängen, deren Bewertung durch das Rechtsmittelgericht sich bei Verkündung des erstinstanzlichen Urteils nicht mit Sicherheit voraussagen lasse.

Entgegen der Ansicht des Landgerichts und der Klägerin lassen sich diese Gedanken jedoch nicht auf den Fall übertragen, in dem ein Rechtsanwalt einen Anspruch seines Mandanten verjähren läßt. **Hier tritt der Schaden vielmehr regelmäßig bereits mit dem Ablauf der Verjährungsfrist ein und nicht etwa erst dann, wenn der Gegner des Mandanten die Verjährungseinrede erhebt oder gar abschließend über die Verjährungseinrede gerichtlich entschieden worden ist.**

Zumindest bei streitigen Ansprüchen ist vielmehr ein Schaden mit Fristablauf deshalb zu bejahen, weil nach der Lebenserfahrung damit gerechnet werden muß, daß der Schuldner zur Abwehr des erhobenen Anspruchs von der Verjährungseinrede Gebrauch machen wird (*BGH, Urt. v. 14.7.1994, NJW 1994, 2822 ff; Urt. v. 14.3.1996, BGHR-BRAO a.F., § 51 – Verjährungsbeginn 3 (T) – in ausdrücklicher Abgrenzung zu dem Senatsurt. v. 9.7.1992; ebenso: Henssler/Prütting, BRAO 1997, § 51b Rdnr. 43; Feuerich/Braun, BRAO 3. Aufl. 1995, § 51b Rdnr. 20*).

Der Senat vermag der gegenteiligen, in der Berufungserwiderung und dem erstinstanzlichen Urteil vertretenen Ansicht im übrigen auch deshalb nicht zu folgen, weil sie zu einer u.U. er-

heblichen Ausdehnung der Anwaltshaftung in zeitlicher Hinsicht führt, die mit der vom Gesetzgeber in § 51b BRAO gerade gewollten zeitlichen Begrenzung der Haftung nicht mehr vereinbar ist.

Danach ist vorliegend ein etwa bestehender Anspruch der Klägerin gegen die Beklagten zu 1) und 2) aus schuldhafter Verletzung des Anwaltsvertrages gemäß § 51b BRAO verjährt. Die kurze Verjährungsfrist im Hinblick auf die im Vorprozeß geltend gemachte Werklohnforderung der Klägerin gegen Dr. W. – zwei Jahre gemäß § 196 Abs. 1 Nr. 1 BGB – lief **spätestens** ab dem **5.3.1987**, nämlich nach Ende einer etwaigen Verjährungsunterbrechung mit der letzten Prozeßhandlung am 4.3.1987, als der Vorprozeß in Stillstand geriet (§§ 213, 212a, 211 Abs. 2 BGB).

Die Verjährung der Werklohnforderung wäre dann am 6.3.1989 eingetreten. An diesem Tag wäre zugleich der Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen die Beklagten zu 1) und 2) entstanden und dieser Anspruch dann gemäß § 51b BRAO am 7.3.1992 – lange vor der im Januar 1993 anhängig gemachten Klageforderung – verjährt.

Die Klägerin hat auch keinen Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten zu 1) und 2) nach den Grundsätzen der positiven Vertragsverletzung, weil sie von den Beklagten zu 1) und 2) nicht auf die Möglichkeit eines eigenen Fehlverhaltens ihrer Bevollmächtigten, die sich daraus ergebende Regreßfolge und die insoweit bestehende kurze Verjährungsfrist hingewiesen worden ist. Das für einen derartigen „**Sekundäranspruch**“ des Mandanten gegen seinen Rechtsanwalt notwendige Verschulden wäre nämlich nur zu bejahen, **wenn der Rechtsanwalt einen begründeten Anlaß gehabt hätte, sein eigenes rechtlich relevantes Verhalten auf eventuelle Fehler zu überprüfen.**

Besteht nach sorgfältiger Prüfung der Rechtslage kein Anlaß, an eine eigene Pflichtverletzung zu denken, so kann das Unterlassen eines Hinweises nicht vorwerfbar sein. **Dies bedeutet zugleich, daß nicht jedes Handeln des Rechtsanwaltes eine automatische und zusätzliche Überprüfung auf Fehler hin erfordert** (zu diesen Grundsätzen vgl. *Henssler/Prütting, a.a.O., § 51b Rdnr. 65–70 m.w.N.*).

An einem derartigen Verschulden der Beklagten zu 1) und 2) fehlt es hier jedoch im Hinblick auf einen möglichen Eintritt der Verjährung der Werklohnforderung schon Anfang Februar 1987

mangels rechtzeitiger Zustellung des Mahnbescheides. Die Beklagten hatten nämlich den Mahnbescheid im Grundsatz rechtzeitig vor Jahresende 1986 eingereicht und aus den folgenden Vorgängen bis zur Zustellung dieses Mahnbescheides keinen Anlaß, ihr eigenes Verhalten im Hinblick auf etwaige Fehler zu überprüfen.

Zwar verzögerte sich die Zustellung rund zwei Monate wegen der zwischenzeitlichen Anfrage des Rechtspflegers zu einer etwaigen Zinsforderung. Insoweit mußten die Beklagten aber nicht von einer durch sie verschuldeten Verzögerung ausgehen, weil der Mahnbescheid durchaus auch ohne Zinsforderung hätte erlassen werden können. Soweit sie auf die Anfrage des Rechtspflegers nach der Höhe des Zinssatzes ca. zweieinhalb Wochen später antworteten, mußten sie ebenfalls nicht annehmen, nunmehr die Zustellung des Mahnbescheides schuldhaft so verzögert zu haben, daß die verjährungsunterbrechende Wirkung nicht mehr eintreten konnte.

Denn in der Rechtsprechung ist verschiedentlich auch eine von einem Beteiligten verschuldete Verzögerung bis zur Dauer von drei Wochen als noch unerheblich angesehen worden (vgl. *Baumbach/Hartmann, ZPO 51. Aufl. 1993, § 270 Rdnr. 18 m.w.N.*). Im übrigen zeigt auch die weitere Prozeßgeschichte, daß die Beklagten insoweit noch keinen Anlaß zu einer Überprüfung ihres Verhaltens auf eigene Fehler hatten.

In dem Vorprozeß ist in erster Instanz zwar die Frage einer Verjährung ausgiebig auf Seiten des Gerichtes angesprochen worden. Weder das Gericht noch die Anwälte – auch nicht die zweitinstanzlich tätig gewordenen Anwälte – haben dort aber auch nur ansatzweise problematisiert, daß die Forderung gegen Dr. W. bereits wegen einer zu spät erfolgten Zustellung des Mahnbescheides verjährt gewesen sein könnte. **Dieser Gedanke ist vielmehr erstmals in der mündlichen Berufungsverhandlung durch den 5. Senat vorgebracht worden.**

Im vorliegenden Verfahren hat die Klägerin erstinstanzlich selbst vortragen lassen, keine schuldhafte Verzögerung der Beklagten bei Erlaß des Mahnbescheides zu sehen. Angesichts dieser Umstände vermag der Senat nicht zu erkennen, warum die Beklagten Anlaß gehabt haben sollten, ihr Verhalten insoweit zu überprüfen und der Klägerin rechtzeitig einen Hinweis auf einen möglichen Regreßanspruch gegen sie zu geben.

Die Klägerin kann aus dem Gesichtspunkt des sog. „Sekundäranspruchs“ auch keinen Schadenersatz von den Beklagten zu 1) und 2) fordern, weil diese sie nicht rechtzeitig auf einen möglichen Regreßanspruch hingewiesen hatten, der aus ihrer Untätigkeit über fast drei Jahre nach der letzten gerichtlichen Handlung im Vorprozeß am 4.3.1987 und der deshalb dort eingetretenen Verjährung herrührte.

Ob eine solche Hinweispflicht bestanden haben könnte, kann der Senat dahinstehen lassen. Denn es fehlt jedenfalls an der erforderlichen Ursächlichkeit der etwa verletzten Hinweispflicht für den eingetretenen Schaden. **Wird nämlich ein Mandant vor Ablauf der Verjährung des Primäranspruches aus Verletzung des Anwaltsvertrages in der betreffenden Angelegenheit anderweitig anwaltlich beraten, so entfällt die Belehrungspflicht des früheren Rechtsanwalts.**

Ist das Mandat mit dem ersten Rechtsanwalt beendet, ohne daß dieser ihn auf die Regreßmöglichkeit hingewiesen hat, und erkennt nun der neue Rechtsanwalt, der den Mandanten in derselben Angelegenheit rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist des Regreßanspruches verantwortlich berät, diesen Anspruch ebenfalls nicht, so verletzt der neue Rechtsanwalt seine primären Vertragspflichten.

Diese aber sind gerade an die Stelle derjenigen des früheren Rechtsanwaltes getreten. **Deshalb hat bei wertender Betrachtungsweise in erster Linie derjenige Rechtsanwalt, der zuletzt in der aufgezeigten Weise vertraglich tätig war, den Schaden zu verantworten, der durch die Verjährung des Regreßanspruches gegen den früheren Rechtsanwalt entsteht.** Dessen allenfalls denkbare nachvertragliche Beratungspflicht tritt demgegenüber völlig zurück (BGH, Urt. v. 11.2.1990, MDR 1990, 713; Urt. v. 11.5.1995, MDR 1995, 1070 f; Urt. v. 28.9.1995, NJW-RR 1996, 313 f).

Nach diesen Grundsätzen scheidet hier ein Anspruch gegen die Beklagten zu 1) und 2) aus. Abgestellt auf einen Eintritt der Verjährung der Werklohnforderung am 6.3.1989 – nach zweijährigem Stillstand des Prozesses – lief die Verjährungsfrist für den Primäranspruch gegen die Beklagten aus positiver Forderungsverletzung des Anwaltsvertrages am 6.3.1992 ab. Zu diesem Zeitpunkt war ihr Mandat längst durch Übersendung der Handakte an den zweitinstanzlich tätigen Anwalt Anfang Dezember 1990 beendet.

Der zweitinstanzlich tätige Anwalt wußte aber spätestens durch die Erörterungen des 5. Senats in der Sitzung vom 6.2.1992 – noch vor Verjährung des Primäranspruches – von der Möglichkeit einer Verjährung der Werklohnforderung.

GI Hinweise

1. Seit dem 1.1.1999 gilt das neue Betriebsrentengesetz. Einen Schwerpunkt der damit geschaffenen neuen Rechtslage bilden die Änderungen im Rahmen der gesetzlichen Anpassungsprüfungspflicht nach § 16 BetrAVG. Dies hat Herrn Dr. Langohr-Plato veranlaßt, eine Broschüre unter dem Titel „Die Anpassung laufender Versorgungsleistungen“ herauszugeben.

Neben einer ausführlichen Kommentierung der bei der Anpassungsprüfung zu beachtenden rechtlichen Rahmenbedingungen und einer umfangreichen Rechtsprechungsdocumentation enthält die Broschüre auch die aktuellen Lebenshaltungskostenindexe sowie zwei Musteranschriften an die Betriebsrentner.

Die Broschüre kann zum Preis von 15,- DM zzgl. MwSt. beim Gerling-Institut GIBA angefordert werden.

2. Der Verlag Dr. Otto Schmidt KG bringt in 7. Auflage von Tillmann/Mohr das „GmbH-Geschäftsführer-Praktikum“ heraus.

Das Buch gibt eine systematische und gleichzeitig an den Erfordernissen der Praxis ausgerichtete Darstellung der Rechte und Pflichten des Geschäftsführers in allen Rechtsbereichen – von der Bestellung bis zur Abberufung und gleichzeitig von der Gründung des Unternehmens bis zur Liquidation oder Insolvenz. Das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 ist eingearbeitet.

Das Werk zeichnet sich weiterhin durch eine große Praxishäufigkeit aus. Eine Vielzahl von Beispielen vermittelt dem Leser das Wissen für die Grenzen zulässiger Gestaltungen. In den einzelnen Kapiteln sind Anregungen zur Formulierung von Verträgen eingearbeitet.

Tillmann/Mohr: GmbH-Geschäftsführer-Praktikum – Zivil- und steuerrechtlich optimierte Vertragsgestaltung, Haftung und Risikovermeidung, Versicherung und Insolvenzschutz; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 7. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 351 Seiten, 78,- DM, ISBN 3-504-32172-5

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-12

Abfindungsvergleich

- Vorbehalt 99, 133, 192

Abschlußprüfung

- Bilanzmanipulation 99, 218
- Dritthaftung 99, 218
- Fortsetzungsprüfung
- = Prüfungsumfang 99, 248
- Gründungsprüfung 99, 225
- Nachtragsprüfung (s. Fortsetzungsprüfung)

Abretung

- > des Honoraranspruchs 99, 265

Akteneinsicht

- > durch Haftpflichtversicherer 99, 161
- Ermittlungsakten, StA 99, 161

Allgemeine Auftragsbedingungen

- Dritthaftung 99, 218
- Einbeziehung 99, 218

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- Honorarvereinbarung, Liquidator
- = Auslegung 99, 85

Amtspflichtverletzung

- Rechtsberatung durch StB/WP 99, 161

Anerkenntnis

- Verjährungsunterbrechung
- = Zukunftsschaden 99, 192

Anwaltsvertrag

- RA und Aufsichtsrat 99, 33
- Zustandekommen des > 99, 33

Arglisteinwand

- Schlichtungsklausel 99, 216

Aufsichtsrat

- Anwaltstätigkeit des > 99, 33

Auskunftsvertrag

- Zurechnungszusammenhang
- = Zeitablauf 99, 176

Belehrungspflicht des RA

- >, baubegleitende 99, 6

Belehrungspflicht des StB/WP

- Betriebsaufgabe 99, 271
- Bilanzierungspflicht
- = Kleingewerbetreibender 99, 98
- Entnahme, steuerfreie,
- § 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18
- Fehler des Vorberaters 99, 197
- Frist
- = Klage, aussichtslose 99, 186
- Investitionszulagenantrag 99, 50
- Kleingewerbetreibender
- = Bilanz, unnötige 99, 98
- Reinvestitionsrücklage 99, 171
- Vollverzinsung, § 233a AO 99, 199

Berichtigung, § 129 AO

- Einnahme-/Überschußrechnung 99, 46
- USt-Vorauszahlung 99, 46

Berufspflichtverletzung

- Mitteilung an Berufskammer 99, 158

Berufsverbot

- > des RA
- = wg. Verteidigerpost 99, 75

Berufung

- >, zweite 99, 12

Berufungsbegründung

- Darlegungslast 99, 186

Berufungsbegründungsfrist

- Antrag, mangelhafter 99, 116
- Fristenkontrolle 99, 113, 117
- Verlängerungsantrag, erster 99, 83
- Wiedereinsetzung 99, 83

Berufungsfrist

- Parteibezeichnung 99, 32

Berufungsschrift

- Auslegung der > 99, 32
- Falschbezeichnung, erkennbare 99, 32

Beschlagnahmebeschluß

- Bestimmtheit 99, 203
- Bilanzen etc. 99, 203

Bestreiten

- > mit Nichtwissen, § 138 Abs. 4 ZPO 99, 301

Betreuer

- Rechtsanwalt
- = Prozeßführungsrecht 99, 264

Betriebsaufgabe

- Belehrungspflichten 99, 271

Betrug

- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung 99, 24

Beweislast

- Anscheinsbeweis
- = Rechtsauffassung des FA 99, 147
- Aufklärung/Belehrung, unterlassene
- = > des Steuerberaters 99, 246
- Beratung, unterlassene
- = Substantiierung 99, 246
- Betriebsprüfungsbericht 99, 147
- Honorarrückforderung 99, 39
- Sitzungsprotokoll 99, 73
- Vergleichsinhalt 99, 73

Buchführungsauftrag

- Belehrungspflichten
- = Auslandsrechnung, § 51 UStDV 99, 211
- Neuerstellung
- = Darlegungslast 99, 197
- Vorkontierung des Mandanten 99, 211

Darlegungslast

- Buchführung, Neuerstellung 99, 197
- Nachbesserung 99, 197

Dritthaftung

- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- = Allgemeine Auftragsbedingungen 99, 218
- = Auskunft 99, 176
- = Bilanzmanipulation 99, 218
- = Dritte, Kreis der > 99, 218
- = Finanzierungsmaßnahme, konkrete 99, 218
- = Kreditgeber 99, 218

Entnahme

- >, steuerfreie, § 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18

Erhaltungsmodell

- Steuervorteile 99, 138

Finanzgerichtsordnung

- Vorbringen, verspätetes, § 79b Abs. 2 FGO
- = Unterlagen beim Konkursverwalter 99, 24

Firma

- Zusatz „und Partner“ 99, 49

Fristenkontrolle

- Berufungsbegründungsfrist 99, 113, 116, 117
- Bote 99, 29
- Empfangsbekenntnis 99, 25
- Fristenkontrollbuch
 - = Erledigungskontrolle 99, 12
 - = >, EDV-gestütztes 99, 113
 - = Fristverfügung, Klebezettel 99, 83
 - = Organisationsanweisung 99, 61, 112
 - = Organisationsverschulden, Klebezettel 99, 83
 - = Streichung der Frist 99, 28
- Fristversäumnis, unverschuldetes
 - = Anweisung
 - > an Bürokräft 99, 12, 61, 112, 238
 - Klebezettel 99, 83
 - = Beförderung der Post
 - > durch Mitarbeiter 99, 29
 - > durch Kurierdienst 99, 236
 - = Brief an unzuständiges Gericht 99, 4
 - = Empfangsbekenntnis,
 - Postlaufzeit 99, 236
 - Unterzeichnung des > 99, 12
 - = Verkehrsstau 99, 141
 - = Verschuldensmaßstab 99, 141
 - = Wartepflicht des Gerichts 99, 141
 - = Weiterleitung durch Gericht 99, 4
- Kanzlei, gemischte 99, 117
- Organisationsanweisung
 - = Anruf des Gerichts 99, 30
 - = Briefbeförderung 99, 238
 - = EDV-Kontrollausdruck 99, 113
 - = Faxnummer, falsche 99, 61
 - = Fristenkontrollbuch 99, 61, 112
 - = Gerichtspost 99, 28
- Telefax
 - = Nummer, falsche 99, 61
- Vorfrist 99, 170

Gerichtsstand

- Honorarklage 99, 241
- Zuständigkeitsbestimmung 99, 241

Gesamtschuld/-schuldner

- Sozietätsvertrag
 - = Scheinsozius 99, 290
 - = Treuhandvertrag 99, 290
 - = Veruntreuung 99, 290
- Verkehrs- und Prozeßanwalt 99, 124

Gewinnermittlung

- Wahl der Art der > 99, 66

GI Aktuell

- Aktivierung, Gewinnansprüche 99, 81
- Antragsunterschrift, InvZul
 - = Telefax 99, 81
- Arbeitszimmer
 - = > im Haus des Ehegatten 99, 288
- Belastung, außergewöhnliche
 - = Befruchtung, künstliche 99, 210
- Berufsausbildung 99, 237
- Berufspflichtverletzung
 - = Mitteilung an Berufskammer 99, 158
- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung
 - = Folgen 99, 60
- Drittaufwand
 - = Kosten des Arbeitszimmers 99, 288
- Einkommensteuertarif 99, 132
- Einkünfte, § 22 Nr. 3 EStG
 - = Pflegegelder 99, 289
- Existenzminimum 99, 54
- Familienbesteuerung 99, 262
- Fristversäumnis, Verkehrsstau 99, 4
- Fristwahrung, Postversand 99, 236
- GbR mbH 99, 263
- Gewerbeertragsteuer 99, 28
- Halbteilungsgrundsatz 99, 290
- Haushaltsfreibetrag
 - = bei Ehegatten 99, 54
- Kinderbetreuungskosten
 - = bei Ehegatten 99, 54

- Kinderfreibeträge 99, 58
- Kindergeld
 - = Berufsausbildung 99, 237
- Kündigungsfrist
 - = Insolvenz (Konkurs) 99, 185
- Lebensversicherung
 - = Vertragsänderung 99, 107
- Lohnsteuer
 - = ArbG-Beiträge, Gruppenversicherung 99, 184
 - = Trinkgelder 99, 108
- Postversand, Beförderungsrisiko 99, 236
- Restitutionsklage, Anmeldefrist 99, 2
- Schriftformerfordernis
 - = Urkunde, Anlagen 99, 184
- Schuldzinsen, private 99, 4
- Schuldzinsenabzug, Baudarlehen 99, 81
- Sonderausgaben, § 10 EStG
 - = Beschäftigungsverhältnis, hauswirtschaftliches 99, 263
- Telefax
 - = Unterschrift 99, 81
 - = Vergütung, urheberrechtliche 99, 82
- Telefonwerbung 99, 106
- Verfassungsgericht
 - = Bindungswirkung 99, 290
- Versicherungsbedingungen
 - = Anpassungsklausel 99, 107
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß 99, 80
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR 99, 2

GmbH

- Auflösung
 - = Gründungsgesellschaft 99, 174
- Bareinlageverpflichtung 99, 20
- Geschäftsführer
 - = Einlagebestätigung 99, 20

Gründungsprüfung

- Bewertungsfehler 99, 225

Hilfeleistung in Steuersachen

- siehe unter Steuerberatungsgesetz

Honoraranspruch des RA

- Belehrungspflicht über > 99, 33
- Einforderbarkeit, Fälligkeit 99, 33
- Honorarvereinbarung
 - = Auslegung 99, 85
- Liquidator 99, 85
- Rechtsbeistandstätigkeit 99, 33
- Rechtsberatung, telefonische 99, 203
- Zeitvergütung, Einziehung 99, 203

Honoraranspruch des StB/WP

- Abschlagszahlungen
 - = Verrechnung 99, 64
- Abschlußvorarbeiten 99, 295
- Abtretung des > 99, 265
- Änderung der Rechnung
 - = > im Gebührenrechtsstreit 99, 71
- Bereicherung, ungerechtfertigte 99, 174
- Bereicherungsanspruch
 - = > des Mandanten 99, 39
 - (s. auch Rückforderungsanspruch, § 812 BGB) 99, 125
- Bestimmungsrecht, § 315 BGB 99, 39
- Betriebsprüfung 99, 196
- Bilanz, unnötige 99, 98
- Buchführung
 - = Abstimmung 99, 151
 - = Einrichten der >, §§ 32, 13 StBGebV 99, 71
 - = Gegenstandswert 99, 295
 - = Rahmensatz 99, 71, 295
 - = Tätigkeiten, sonstige 99, 71, 295
 - = Überschußrechnung, § 33 StBGebV 99, 66
 - = Verprobung 99, 151
- DATEV-Gebühren 99, 151
- Ehegattenveranlagung
 - = Erhöhungsgebühr, § 6 StBGebV 99, 204
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
 - = Einzelangaben, nachträgliche 99, 71
 - = Unterschrift 99, 255
- Erfüllungsort 99, 241

- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV	99, 39
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	99, 42
- Fristverlängerungsantrag	99, 204, 295
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
= Bestimmungsrecht, Festlegung	99, 39, 64
= Buchführung	99, 71, 295
= Darlegungslast	99, 66
= Erhöhung, pauschale (20%)	99, 295
= Gegenstandswert, falscher	99, 204
= Lohnbuchhaltung	99, 71, 295
= Mittelgebühr	99, 229
- Gerichtsstand für Klagerecht	
= Zuständigkeitsbestimmung	99, 241
- > gg. Kommanditisten	99, 194
- Honorarvereinbarung	
= >, nachträgliche	99, 301
- Insolvenzbeschluss	99, 265
- Kleingewerbetreibender	99, 98
- Leistungsort	99, 241
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV	
= Einrichten der Lohnkonten	99, 295
= Rahmensatz	99, 71, 295
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
= Vereinbarung, unwirksame	99, 64
- Rechnung, fehlerhafte	
= Nachbesserung	99, 39
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	99, 125
= Vorschüsse	99, 275
- Schlechtleistung	99, 125
- Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71
- Teilzahlung	99, 275
- Unternehmensberatung	99, 193
- Unterzeichnung der Rechnung	99, 255
- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15	99, 42
- Verjährungsunterbrechung	
= Aufrechnung, unzulässige	99, 301
- Vorschuß	99, 275
= Rückzahlung des >	99, 174
- Wirtschaftsberatung	99, 193
- Zeitgebühr/-honorar	
= Angaben, § 13 StBGebV	99, 42
= Betriebsprüfung	99, 196
= Bilanzvorarbeiten	99, 295
= Einrichten der Buchführung	99, 71
= Ermittlungsverfahren	99, 39
= Mittelgebühr	99, 71, 196, 295
= Steuerfachgehilfe	99, 229
= Tätigkeiten, sonstige	99, 71, 295
= Vorarbeiten für Steuererklärung	99, 229
- Zinsschaden	99, 300

Immobilienverkauf

- Beratungsvertrag	99, 138
- Berechnung der Steuervorteile	99, 138

Internet

- Werbeverbot	
= Gästebuch	99, 185

Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung der >	99, 50
- Betriebsvorrichtung	99, 50
- Ladeneinbau	99, 50
- Unterschrift	99, 81

Kausalität

- Information des Mandanten	99, 43
- Investitionen, unterlassene	99, 271
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden	
= Entscheidung des Gerichts	99, 69
= § 6b EStG - Beratung	99, 171
= Verhalten, beratungskonformes	99, 91, 171
- Unterbrechung der >	
= Rechtsanwalt, neuer	99, 44
- Vorteile, wirtschaftliche	99, 271
- Zurechnungszusammenhang	
= Zeitablauf	99, 176

Klageauftrag

- Belehrung über Fristen	
= Aussichtslosigkeit	99, 186

Kommanditgesellschaft

- Kommanditist	
= Einlage, Rückzahlung	99, 194
= Haftung	99, 194

Kostenerstattung

- RA-Honorar, Straßenneubau	99, 203
- StB-Kosten	99, 18

Liquidator

- Honorar	
= Sondervergütung	99, 85

Mandatsniederlegung

- Fristenlauf	99, 29
- Mitteilungspflicht	99, 29

Mittelverwendungskontrolle

- Mandatsumfang	99, 252
- Verein, gemeinnütziger	99, 252

Mitverschulden

- Bareinlage, GmbH	99, 20
- Fristüberwachung	99, 199
- Informationen an RA	
= > durch Mandanten	99, 108
- Informationen an StB	99, 43
- Prüfungspflicht des Mandanten	99, 25
- Rechtsmittel, unterlassenes	99, 246
- Steuererklärung	
= Zinserträge	99, 25

Nachbesserung

- Darlegungslast	99, 197
- Kosten der >	99, 197
- Rechnung, fehlerhafte	99, 39
- Schaden	99, 125

Notar

- Belehrungspflichten	
= >, steuerliche	99, 280
= Subventionen	99, 280
= Vorleistungen, ungesicherte	99, 91
- Löschungsurkunde	99, 161
- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO	
= Löschungsurkunde, Treuhandaufgabe	99, 161
- Vorleistungen, ungesicherte	
= Grundstück an Liebhaber	99, 91

Praxisveräußerung

- Arglistseinwand	99, 216
- Schlichtungsklausel	99, 216

Prozeßvollmacht

- BGB-Gesellschaft	99, 49
--------------------	--------

Rechtsanwalt

- Belehrungspflicht	
= Vergütungsanspruch	99, 33
- Beratungspflichten	
= Bauvertrag	99, 6
- Betreuer	99, 264
- Grundsatz des sichersten Weges	99, 124
- Kündigungsschutzklage	
= Sachverhaltsaufklärung	99, 108
= zwei Kündigungserklärungen	99, 108
- Liebhaberei	99, 26
- > und Steuerberater	
= Kammerbeitrag	99, 213
- Rechtsberatungs-Hotline	99, 264
- Sachverhaltsermittlung	99, 108
- Strafvereitelung	99, 264
- Strafverteidigung, Grenzen der >	99, 264
- Syndikus	
= Berufsfreiheit	99, 134
= Mandatsvertrag, nichtiger	99, 134
= Tätigkeitsverbot	99, 134
- Tätigkeitsschwerpunkt	
= Forderungseinzug	99, 100
- Untätigkeit	99, 44
- Verfahren, berufsgerichtliches	
= Bindungswirkung, Strafbefehl	99, 239

- Versicherungsmandat 99, 44, 192
- Verkehrs-/Prozeßanwalt 99, 124
- Vertreter
 - = Rechtsmittelschrift 99, 115
 - = >, amtlich bestellter 99, 115

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Amtspflichtverletzung wg. > 99, 161
- Hotline 99, 264
- > durch Wirtschaftsprüfer, Art. 1 § 5 Nr. 2 RBERG
 - = Vertragsberatung 99, 50
- >, telefonische
 - = Zeitvergütung, Einziehung 99, 203
- Unternehmensberatung 99, 185, 193
- Vermögensgesetz 99, 264
- Wirtschaftsberatung 99, 193
- Wirtschaftsprüfer
 - = Rückübertragungsanspruch 99, 264

Rechtsmittel

- Gerichtsentscheidung
 - = Form, falsche 99, 61
 - = Meistbegünstigungsgrundsatz 99, 61
- >, einheitliches 99, 12
- >, wiederholtes 99, 12

Rechtswidrigkeitszusammenhang

- Zeitablauf 99, 176

Schaden

- Betriebsaufgabe 99, 271
- Darlegungslast
 - = Vermögensgegenüberstellung 99, 271
- Eigentumswohnung 99, 16
- Honorar an StB 99, 125
- Investitionen, steuersparende, Unterlassen der > 99, 271
- Kalkulationsschaden, USt 99, 22
- Kosten des StB 99, 18
- Nachbesserungskosten 99, 125
- Prozeßverlust 99, 69
- Reserven, stille, Aufdeckung 99, 271
- Schadenbetrachtung, konsolidierte
 - = Eigentumswohnung 99, 16
- Sozialversicherungsbeiträge 99, 119
- Sozialversicherungshaftung 99, 119
- Steuerzinsen 99, 147
- Umsatzsteuer 99, 22
- Verspätungszuschlag
 - = Verzug des StB 99, 275
- Verzugsschaden 99, 69
- Zinsschaden
 - = Berechnung, abstrakte 99, 161

Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB

- Auskunft 99, 176
- Zurechnungszusammenhang
 - = Zeitablauf 99, 176

Schlichtungsklausel

- Praxisveräußerung 99, 216

Sozialrecht

- Beratung durch StB/WP 99, 119

Sozietät

- Scheinsozios 99, 290
- >, überörtliche
 - = Rechtsanwalt 99, 75
 - = Zweigstellenverbot 99, 75
- Sozietätsvertrag
 - = Berufstätigkeit, anwaltliche 99, 290
 - = Treuhandvertrag 99, 290
 - = Vermögensverwaltungsvertrag 99, 290
 - = Veruntreuung 99, 290

Steuerberater

- > und Rechtsanwalt
 - = Kammerbeitrag 99, 213
- Wechsel des > 99, 147

Steuerberaterkammer

- Berufspflichtverletzung, Mitteilung an > 99, 158

Steuerberatungsgesetz

- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen
 - = Sozialversicherungsberatung 99, 119

Steuerberatungsvertrag

- Inhalt des >
 - = Mittelverwendung 99, 252
- Investitionszulagenantrag 99, 50
- Kreditvermittlung 99, 15
- Nachbesserungsrecht 99, 197
- Pflicht
 - = > zur Rundumbetreuung 99, 252
- Regreß gg. Vorberater 99, 197
- Sozialversicherungsberatung 99, 119
- Zustandekommen des >
 - = Abschluß, stillschweigender 99, 15
 - = > mit Mitarbeiter 99, 22

Steuerbescheid

- Übersendungsart 99, 43

Steuererklärung

- Abgabe, rechtzeitige 99, 69

Umsatzsteuer

- Auslandsrechnung
 - = Leistungsempfänger deutsch 99, 211
 - = Mehrwertsteuerausweis, offener 99, 211

Unternehmensberater

- Rechtsberatung 99, 185

Unterschrift

- Honorarrechnung
 - = Klageschrift 99, 255
- Wiedereinsetzung 99, 5

Ursachenzusammenhang

- siehe unter Kausalität

Verfahren, berufsgerichtliches

- Bindung, Strafbefehl 99, 239

Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 5 BGB

- Rechnung, verzögerte 99, 229
- Unterbrechung der > 99, 229

Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO

- Kenntnis des Ersatzpflichtigen
 - = Ausschluß anderweitiger Ersatzmöglichkeit 99, 188
- Verjährungsbeginn
 - = Ersatzmöglichkeit, anderweitige 99, 161, 188

Verjährung, § 51b BRAO

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlaß zur > 99, 161, 302
 - = Kenntnis des Fehlers und Verjährungsvorschrift 99, 161
 - = Mandant, Volljurist 99, 161
 - = RA, neuer 99, 161, 302
- Verjährungsbeginn
 - = Fristablauf 99, 302

Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Belehrungspflicht über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlaß für > 99, 242
- Verjährungsbeginn
 - = Fristversäumnis 99, 242
 - = Kenntnis des Mandanten 99, 242
- Verjährungshemmung
 - = Ende der > 99, 242
 - = FG-Verfahren 99, 242

Verjährungsunterbrechung

- Aufrechnung, unzulässige 99, 301
- Klage, unzulässige 99, 229
- Rechnung, verzögerte 99, 229

Versäumnisurteil

- >, zweites 99, 12
- Wartepflicht des Gerichts 99, 141

Verschulden

- Kollegialgerichtsentscheidung
= Steuerberater 99, 242

Verschwiegenheit

- Abtretung der Honorarforderung 99, 265

Versicherungsberatung

- Rechtsanwalt 99, 44
- = Brandschaden 99, 192
- = Kfz.-Schaden 99, 192
- Verjährung, §§ 852 BGB, 14 StVG, 3 PflVG 99, 192

Versicherungsschutz

- Abfindung unter Vorbehalt 99, 133
- Akteneinsicht 99, 161
- = Ermittlungsakten, StA
- Rechtsschutzversicherung
= Kostenerhöhung, unnötige 99, 48
- = Obliegenheitsverletzung 99, 48
- Verjährung 99, 133
- Vertrauensschadenversicherung 99, 133

Verspätungszuschläge

- Verzugschaden 99, 69

Vertrauensschadenversicherung

- Verschulden des Geschädigten 99, 133

Verzug

- Schaden 99, 275
- = Verspätungszuschlag 99, 69
- > des Steuerberaters

Vollmacht

- Anscheinsvollmacht 99, 26
- Rechtsbehelfsverfahren 99, 26

Vollverzinsung, § 233a AO

- Belehrung, Vermeidungsstrategie 99, 199
- Mitverschulden 99, 199

Vorteilsausgleichung

- Steuerzinsen, § 233 AO 99, 147

Werbeverbot

- Informationsbrief 99, 264
- Internet 99, 185
- Leistungsbeschreibung 99, 75
- Notar 99, 100
- = Briefbogen, Farbe 99, 75
- Praxisbroschüre 99, 203
- Qualitätswerbung 99, 264
- Rechtsberatungs-Hotline 99, 264
- Rundschreiben 99, 24
- Selbstdarstellung, erlaubte 99, 24
- Sozietät, gemischte 99, 203
- Telefonberatung

Wettbewerb, unlauterer

- Qualitätswerbung 99, 203
- Telefonauskunft 99, 203
- Unterlassungsanspruch
= > gg. Sozietät 99, 203

Wettbewerbsverbot

- Sittenwidrigkeit 99, 101
- >, nachvertragliches 99, 101

Wiedereinsetzung

- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)
- Beschwerde 99, 238
- = Sachvortrag, Zuverlässigkeit 99, 5
- Unterschrift 99, 5
- Vertrauensschutz

Wirtschaftsberatung

- Rechtsberatung 99, 193

Wirtschaftsprüfer

- Ersatzanspruch 99, 161
- = >, abgetretener 99, 161
- = > wg. Amtspflichtverletzung
- Rechtsberatung 99, 264
- = Rückübertragungsanspruch
- WP-Gesellschaft 99, 100
- = Niederlassungsleiter

Zinsschaden

- Berechnung, abstrakte 99, 161
- Darlegungslast 99, 300

Zugang

- Übersendungsart 99, 43

Zurückbehaltungsrecht

- Arbeitsergebnisse 99, 295

Zweigstellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO

- 99, 75

- BVerfG v. 24.7.1997 - 1 BvR 1863/96 99, 100
- = WPK-Mitt 97, 317
- BVerfG v. 20.10.1998 - 1 BvR 1730/98 99, 2
- BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1057/91 99, 54
- BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvL 42/93 99, 58
- BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1852/53/97 99, 58
- BVerfG v. 17.11.1998 - 1 BvL 10/98 99, 28
- BVerfG v. 26.11.1998 - 1 BvR 2069/98 99, 2
- BVerfG v. 23.8.1999 - 1 BvR 1138/97 99, 236
- BVerfG v. 23.8.1999 - 1 BvR 2164/98 99, 262

- BGH v. 21.4.1997 - II ZB 14/96 99, 49
- = WPK-Mitt 97, 244
- BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96 99, 100
- = WPK-Mitt 97, 322
- BGH v. 14.7.1997 - II ZR 238/96 99, 101
- = WM 97, 1707
- BGH v. 19.12.1997 - 2 StR 420/97 99, 24
- = wistra 98, 177
- BGH v. 17.2.1998 - 1 StR 5/98 99, 24
- = wistra 98, 179
- BGH v. 2.4.1998 - I ZR 4/96 99, 75
- = AnwBl 98, 604
- BGH v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97 99, 33
- BGH v. 16.7.1998 - VII ZR 409/97 99, 12
- BGH v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98 99, 32
- BGH v. 30.7.1998 - III ZB 7/98 99, 12
- BGH v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98 99, 30
- BGH v. 10.9.1998 - II ZB 21/98 99, 29
- BGH v. 17.9.1998 - I ZB 33/98 99, 117
- BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 237/97 99, 85
- BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 291/97 99, 6
- BGH v. 28.9.1998 - II ZB 19/98 99, 5
- BGH v. 30.9.1998 - IV ZR 323/97 99, 133
- = NVersR 99, 44
- BGH v. 8.10.1998 - VII ZB 21/98 99, 116
- BGH v. 12.10.1998 - II ZB 11/98 99, 113
- BGH v. 22.10.1998 - VII ZB 15/98 99, 115
- BGH v. 27.10.1998 - X ZB 20/98 99, 112
- BGH v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98 99, 61
- BGH v. 11.11.1998 - VIII ZB 24/98 99, 83
- BGH v. 18.11.1998 - VIII ZR 344/97 99, 216
- BGH v. 19.11.1998 - IX ZR 152/98 99, 4, 141
- BGH v. 26.11.1998 - 4 StR 207/98 99, 264
- = wistra 99, 140
- BGH v. 27.11.1998 - V ZR 344/97 99, 138
- BGH v. 10.12.1998 - IX ZR 358/97 99, 171
- BGH v. 17.12.1998 - VII ZB 19/98 99, 83
- BGH v. 25.1.1999 - AnwZ (B) 48/98 99, 213
- BGH v. 28.1.1999 - I ZR 208/96 99, 82
- BGH v. 11.2.1999 - IX ZR 14/98 99, 108
- BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 384/97 99, 134
- BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 30/98 99, 188
- BGH v. 9.3.1999 - VI ZB 3/99 99, 170
- BGH v. 11.3.1999 - III ZR 156/98 99, 203
- BGH v. 16.3.1999 - XI ZR 76/98 99, 106
- BGH v. 17.3.1999 - IV ZR 218/97 99, 107

BGH v. 25.3.1999 – IX ZR 223/97	99, 265	OLG Schleswig v. 29.5.1997 – 11 U 113/95	99, 302
BGH v. 12.4.1999 – AnwSt (R) 11/98	99, 239		
BGH v. 15.4.1999 – IX ZR 328/97	99, 161		
BGH v. 22.4.1999 – IX ZR 112/98	99, 211	LG Aschaffenburg v. 7.5.1998 – 2 S 289/97	99, 229
BGH v. 6.5.1999 – VII ZB 6/99	99, 238	LG Berlin v. 18.8.1998 – 16 O 121/98,	99, 264
BGH v. 11.5.1999 – IX ZR 298/97	99, 186	n.rkr. = AnwBl 99, 115	
BGH v. 30.6.1999 – XII ZR 55/97	99, 184	LG Berlin v. 16.9.1998 – 22 O 294, 98, rkr.	99, 252
BGH v. 8.7.1999 – IX ZR 338/97	99, 290	LG Bonn v. 13.5.1998 – 5 S 199/97	99, 18
BGH v. 27.9.1999 – II ZR 371/98	99, 263	LG Chemnitz v. 15.1.1999 – 5 Qs 2/99	99, 203
		= wistra 99, 154	
OLG Dresden v. 13.1.1998 – 14 U 472/97	99, 264	LG Düsseldorf v. 9.6.1998 – 7 O 364/97	99, 125
= OLG-Report 99, 274		LG Frankfurt/O. v. 30.9.1998 – 13 O 154/98, rkr.	99, 147
OLG Dresden v. 9.2.1998 – 17 U 267/97	99, 73	LG Freiburg v. 30.9.1997 – StL 1/97	99, 75
OLG Dresden v. 9.6.1998 – 14 U 3245/97	99, 24	= WPK-Mitt 98, 337	
= BRAK-Mitt 98, 235		LG Krefeld v. 10.1.1997 – 1 S 115/96, rkr.	99, 98
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 – 13 U 281/93	99, 16	LG Leipzig v. 9.3.1998 – 6 Qs 160/97	99, 161
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 174/96	99, 301	= RBeistand 98, 70	
OLG Düsseldorf v. 9.10.1997 – 13 U 153/96	99, 275	LG Lüneburg v. 26.8.1997 – 3 O 402/96, rkr.	99, 20
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 159/96	99, 300	LG Marburg v. 14.10.1998 – 5 S 14/98, rkr.	99, 22
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 225/96	99, 15	LG Osnabrück v. 11.1.1999 – 2 O 418/98	99, 280
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 – 13 U 25/97	99, 64		
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 – 13 U 32/97	99, 66	AG Bremen v. 19.8.1998 – 25 C 0146/98	99, 48
OLG Düsseldorf v. 8.1.1998 – 13 U 8/97	99, 197	AG Dortmund v. 15.1.1999 – 131 C 6383/98	99, 255
OLG Düsseldorf v. 8.1.1998 – 13 U 57/97	99, 242	AG Duisburg-Hamborn v. 28.10.1997 – 7 C 698/97	99, 151
OLG Düsseldorf v. 26.2.1998 – 13 U 61/97	99, 119	AG Kassel v. 24.8.1998 – 415 C 5461/97, rkr.	99, 199
OLG Düsseldorf v. 5.3.1998 – 13 U 84/97	99, 174	AG Neuss v. 21.8.1998 – 39 C 282/96	99, 204
OLG Düsseldorf v. 26.3.1998 – 13 U 63/97	99, 196	= StB 99, 61 m. Anm. Späth	
OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 – 13 U 86/96	99, 39		
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 – 13 U 151/97	99, 42	BFH v. 15.10.1996 – VII B 119/96	99, 24
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 – 13 U 154/97	99, 194	= BFH/NV 97, 514	
OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 – 13 U 164/97	99, 69	BFH v. 31.10.1996 – VIII B 11/96	99, 25
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 231/97	99, 71	= BFH/NV 97, 459	
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 241/97	99, 295	BFH v. 8.11.1996 – VII R 89/96	99, 4
OLG Düsseldorf v. 15.12.1998 – 24 U 27/98, rkr.	99, 218	= BFH/NV 97, 492	
		BFH v. 28.11.1996 – XI R 76/95	99, 4
OLG Frankfurt v. 27.6.1997 – 24 U 202/95	99, 246	= BFH/NV 97, 497	
OLG Frankfurt v. 5.11.1998 – 6 U 130/98	99, 203, 264	BFH v. 4.12.1996 – IV B 51/96	99, 26
= EWiR 99, 161, Anm. Henssler = NJW 99, 152		= BFH/NV 97, 500	
OLG Frankfurt v. 19.2.1999 – 24 U 85/97	99, 185	BFH v. 12.2.1997 – X B 146/96	99, 26
= OLG-Report 99, 179		= BFH/NV 97, 542	
OLG Hamm v. 21.3.1997 – 25 U 110/96	99, 25	BFH v. 10.3.1997 – V R 63/96	99, 49
= NWB Fach 30, 1127		= BFH/NV 97, 770	
OLG Hamm v. 18.6.1997 – 25 U 6/97;	99, 248	BFH v. 13.3.1997 – III B 135/96	99, 28
Vorinstanz: LG Bochum, GI 97, 173		= BFH/NV 97, 773	
OLG Hamm v. 14.9.1998 – 6 U 48/98	99, 133	BFH v. 13.3.1997 – III B 185/96	99, 28
= OLG-Report 99, 69		= BFH/NV 97, 773	
OLG Hamm v. 6.10.1998 – 1 Sbd 46/98	99, 241	BFH v. 22.4.1998 – XI R 10/97	99, 26
OLG Hamm v. 21.10.1998 – 25 U 95/97	99, 225	= NJW 98, 2471	
OLG Jena v. 4.8.1998 – 8 U 391/98	99, 176	BFH v. 27.10.1998 – IX R 44/95	99, 81
OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 – 18a U 12/94, rkr.	99, 50	BFH v. 27.10.1998 – IX R 19/96 + 29/96	99, 81
nach Rücknahme der Revision unter Az. IX ZR 22/95		BFH v. 26.11.1998 – IV R 52/96	99, 81
OLG Karlsruhe v. 14.10.1998 – 6 U 120/97	99, 264	BFH v. 15.12.1998 – VIII R 6/98	99, 80
= OLG-Report 99, 238		BFH v. 17.12.1998 – III R 87/96	99, 81
OLG Koblenz v. 28.10.1997 – 4 O 759/97	99, 50	BFH v. 19.2.1999 – VI R 43/95	99, 108
OLG Koblenz v. 18.6.1998 – 5 U 1653/97	99, 193	BFH v. 16.4.1999 – VI R 60/96 + 66/97	99, 184
OLG Koblenz v. 13.4.1999 – 4 U 1730/98	99, 264	BFH v. 18.5.1999 – III R 46/97	99, 210
= OLG-Report 99, 273		BFH v. 19.5.1999 – XI R 120/96	99, 263
OLG Köln v. 29.7.1998 – 6 U 66/98	99, 203	BFH v. 11.8.1999 – XI R 77/97	99, 290
= BRAK-Mitt 99, 43		BFH v. 23.8.1999 – GrS 1/97, GrS 2/97,	
OLG Köln v. 6.8.1998 – 18 U 293/98	99, 43	GrS 3/97 u. GrS 5/97	99, 288
OLG Köln v. 19.2.1999 – 19 U 115/98	99, 271	BFH v. 14.9.1999 – IX R 88/95	99, 289
= OLG-Report 99, 265			
Az. d. BGH: XI ZR 123/99		FG Berlin v. 20.11.1998 – 8 K 8072/97	99, 46
OLG München v. 15.12.1997 – 1Z RR 338/96	99, 44	FG Brandenburg v. 10.11.1993	99, 50
= AnwBl 98, 608		= 2 K 154/92 I	
OLG München v. 27.2.1998 – 21 U 4491/97	99, 124	BAG v. 16.6.1999 – 4 AZR 191/98	99, 185
= AnwBl 98, 608			
OLG München v. 21.7.1998 – 5 U 5920/976	99, 192	Schleswig-Holst. Anwaltsgerichtshof	
= AnwBl 98, 609		v. 19.6.1998 – 2 AGH 4/98	99, 75
OLG München v. 23.7.1998 – 29 U 4042/98	99, 264	= AnwBl 98, 605	
= NJW 99, 150			
OLG Nürnberg v. 18.12.1996 – 4 U 3322/96	99, 161	VG Sigmaringen v. 4.12.1997 – 8 K 268/96	99, 100
= RBeistand 98, 29		= WPK-Mitt 98, 351	
OLG Nürnberg v. 23.3.1999 – 3 U 3977/98	99, 185		
= OLG-Report 99, 199		OFD Frankfurt v. 5.11.1998 – S 0824 A-2-St II 41	99, 158

Steuerberatungsvertrag • Vertragsgestaltung, Organschaft • Rechtsberatungsverbot • Fehler des StB • Schaden wg. nicht wirksamen Gewinnabführungsvertrages (BGH); Fristversäumnis • Vorfristakte • Eigenverschulden des RA (BGH); Verjährungsunterbrechung • Zustimmung „demnächst“ (BGH); Anwaltshaftung • Verdeckte Sacheinlage • Vertrag mit Schutz-

wirkung zugunsten Dritter (OLG Düsseldorf); Steuerberaterhonorar • Aufrechnung • Voraussetzungen: Vollwirksamkeit und Fälligkeit (OLG Düsseldorf); Steuerberaterhonorar • Honorarvereinbarung • Mündliche Nebenabreden (OLG Düsseldorf); Steuerberaterhaftung • Fahrtenbuch • Kausalität (KG Berlin)



BEIHEFTER:

Die Gerling Investment Police „FLIRT“ stellt eine ideale Kombination aus Vorsorge und chancenorientierter Rendite dar.

Sie haben die Möglichkeit, aus mehr als 20 Fonds eine – Ihrer persönlichen Anlagementalität adäquate –

individuelle Auswahl zu treffen.

Zu unübersichtlich, zu kompliziert, zu zeitintensiv?

Kein Problem: Mit der strategischen Fondsauswahl bieten wir spezielle, auf die klassischen Anlagepräferenzen abgestimmte Fondsmix-Angebote.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-40 70
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.